

=====

DER HAUPTFEIND JEDES VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!  
(Karl Liebknecht)

-----

# DER SPARTAKIST

-----

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS  
(Sektion der Vierten Internationale)

-----

März 1949

Nr. 42

Preis S 2.-

-----

## ZWEITE KONFERENZ DER IKÖ

=====

Mitte Februar fand die zweite Konferenz der IKÖ statt. Ihre Tagesordnung enthielt folgende Punkte: - 1. Tätigkeitsbericht der Leitung; - 2. Internationales; - 3. Der Weg zur proletarischen Klassenpartei; - 4. Die Lage und unsere Aufgaben; - 5. Statutenänderungen; - 6. Neuwahl der Leitung.

Anschließend veröffentlichten wir die Thesen "Die Lage und ihre Perspektiven", die Thesen "Der Weg zur proletarischen Klassenpartei" die Resolution über den zweiten Weltkongreß der IV. Internationale und die in zwei Punkten abgeänderten Organisationsstatuten. Die Thesen zur Lage wurden ohne Gegenstimmen und die drei anderen Anträge mit Stimmenmehrheit angenommen.

---2---

## DIE LAGE UND IHRE PERSPEKTIVEN

=====

(Resolution der zweiten Konferenz der IKÖ, Mitte Februar 1949)

### I. Die Lage des österreichischen Kapitalismus

1. Der zweite imperialistische Weltkrieg brachte eine ungeheure Zerstörung der Produktivkräfte Europas, die Vernichtung solcher Weltmächte wie Deutschland und Japan, eine tiefgehende Massenunzufriedenheit in Europa und in den Kolonien mit sich. Mit ihm ging eine Periode revolutionärer Erschütterungen und das Vordringen der Sowjetunion trotz ihrer gesteigerten inneren Schwäche einher. Seine Beendigung leitete eine Periode des mühsamen Versuchs des von den USA geführten Weltkapitalismus, angesichts dieser Tatsachen zu ei-

ner wenn auch äußerst relativem Stabilisierung zu gelangen, ein. Diese findet ihren besonderen Ausdruck in der seit 1946 rascher vor sich gehenden Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus.

2. Heute steht, wie die bürgerliche Presse feststellt, der österreichische Kapitalismus "an der Schwelle der endgültigen Konsolidierung". Ist das Wort "endgültig" auch eine begriffliche Übertreibung in kapitalistischem Munde, so ist der Fortschritt der Wiederaufrichtung des 1945 völlig am Boden liegenden österreichischen Kapitalismus unverkennbar und besonders in den beiden vergangenen Jahren bedeutend gewesen. Mit Kriegsende war der Index der Produktion auf 40% des Vorkriegsstandes gesunken. Im Herbst 1948 hat er bereits 104% erreicht. Dabei liegt der Index der Produktionsmittelindustrie mit 148% weit über dem Vorkriegsniveau, während jener der Konsumtionsmittelindustrie erst rund 2/3 der Vorkriegsproduktion beträgt. Die Zahl der Beschäftigten ist ununterbrochen angestiegen und beträgt heute nahezu zwei Millionen. Sie liegt damit um eine halbe Million über dem Stande von 1937 (einem Jahre, das allerdings über 200.000 Arbeitslose aufwies). Die 1945 tief herabgesunkene Arbeitsproduktivität hat heute bereits 80% der Vorkriegsproduktivität erreicht. Der Wiederaufstieg der kapitalistischen Produktion spiegelt sich ebenso wider in der Steigerung des Bahngüterverkehrs, der 140% des Vorkriegsstandes erreicht hat, und in der gesteigerten Produktion von Roheisen, Stahl und Kohle. So hat sich die Produktion von Roheisen im letzten Jahre verdreifacht, die von Stahl mehr als verdoppelt und die Produktion von Kohle beträgt heute das eineinhalbfache des Vorkriegsstandes. Der Verbrauch von Strom weist ebenso seit zwei Jahren eine andauernde Steigerung auf und beträgt heute bereits ein Mehrfaches der Vorkriegszeit. Auf finanziellem Gebiet zeigen die Ziffern der Wechselkонтierungen deutlich die Belebung der kapitalistischen Wirtschaft: während sie im Juni 1947 2 Milliarden Schilling betragen, sind sie im Juni 1948 auf 7,8 Milliarden gestiegen. Der Export hat zwar (September 1948) erst 50% des Exportes von 1937 erreicht, deckt aber bereits 50% des Importes, während er 1947 bloß 20% deckte.

3. Alle diese Ziffern spiegeln den Fortschritt, den der österreichische Kapitalismus in den beiden letzten Jahren gemacht hat, wider. Der heutige "Übergangszustand", von dem die kapitalistische Presse spricht, soll der schließlichen Konsolidierung Platz machen. Den kapitalistischen Wiederaufstieg hat besonders die "Währungsreform" vom Dezember 1947 beschleunigt. Die Kapitalistenklasse, die im Sommer 1947 noch entschlossen schien, Kurs auf die Inflation zu nehmen, bei welcher sie, als Besitzerin der Sachwerte, durchaus ihre Interessen gewahrt; an der mit der Inflation einhergehenden konjunkturellen Scheinblüte noch reichlich profitiert und bei der schließlichen Stabilisierung der Währung die ganze Last auf die Schultern der Massen abgewälzt hätte, änderte ihren Kurs und griff zur "Währungsreform". Diese "Reform", die die Einlagen nach dem Dezember 1945, dem Zeitpunkt der Markumwechslung, im Verhältnis 1:1 umtauschte (was praktisch den Kapitalisten und Großschiebern, die allein imstande waren, seit 1945 Rücklagen zu machen, während die Massen ihre Spargroschen dazu verwenden mußten, sich zusätzlich Lebensmittel zu kaufen, zugutekam), beseitigte den "Geldüberhang" auf Kosten der Ersparnisse der breiten Massen, welchen die bittere Pille mit einigen unbedeutlichen Zugeständnissen verzuckert wurde. Die Massen wurden praktisch um zwei Drittel ihrer Ersparnisse beraubt.

4. Die mit der "Währungsreform" eingeleitete Periode der "Stabilisierung" brachte ein bedeutendes Ansteigen der Produktion. Die verminderte Kaufkraft der Massen erzwang vorübergehend ein Absinken der Preise, vor allem des schwarzen Marktes. Die Kapita-

listen gewannen wieder "Vertrauen" und begannen zu produzieren. Aber der "Währungsreform" war ein ebenso wichtiger Schritt vorgegangen: der Lohn-Preis-Pakt vom Juli 1947. Dieser unterwarf die Arbeiterklasse dem Lohnstopp, während die Preise trotz Pakt ihre ansteigende Tendenz mit kurzer Unterbrechung beibehielten und den Kapitalisten ansehnliche Profite sicherten. Eine auf Kosten der breiten Massen stabilisierte Währung, ein durch den Lohnstopp gefesseltes Proletariat, eine durch keine Polizeigewalt zu verhindernde Preisschraube waren die inneren Bedingungen, die den bedeutenden Fortschritt des österreichischen Kapitalismus in den beiden letzten Jahren sicherten.

5. Dazu kam aber noch ein entscheidender Umstand: trotz aller dieser Maßnahmen wäre die Wiederaufrichtung des österreichischen Kapitalismus bei weitem nicht in diesem Tempo und Ausmaß möglich gewesen, wenn nicht Österreich in den Marshall"plan" einbezogen worden wäre. Nur die vorhergehende Stützung durch die USA hatte dem österreichischen Kapitalismus überhaupt ermöglicht, den Schritt aus dem Abgrund heraus zu tun. Der Marshall"plan" soll nun in organisierter Weise die Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus fördern und zum Abschluß bringen, sodaß Österreich bis 1952 "wirtschaftlich unabhängig", d.h. imstande sein soll, "ohne jede Auslandshilfe zu wirtschaften". Die Marshall"hilfe", deren Gegenwert von der Regierung auf Sperrkonto eingezahlt werden muß (das bis Mitte 1949 bereits die Summe von 3,6 Milliarden Schilling erreichen soll), sichert dem amerikanischen Kapitalismus, dessen Zustimmung zur Verwendung der "Hilfsfondsgelder" nötig ist, damit praktisch die völlige Kontrolle über den österreichischen Kapitalismus. Das Ziel der Marshall"hilfe" ist also einerseits die völlige Restauration und Erstarkung des österreichischen Kapitalismus, andererseits die Herstellung der Kontrolle der USA über Österreich, die Verwirklichung der direkten Abhängigkeit Österreichs vom USA-Kapitalismus. Sie ermöglicht nebenbei noch den österreichischen Kapitalisten, ansehnliche Sonderprofite einzustecken, indem sie Hunderte Millionen, die sie auf das Sperrkonto einzuzahlen hätten, zurückbehalten und für sich "arbeiten" lassen. "Außer der noch einige Jahre fortgesetzten Subventionierung der lebenswichtigen Importe der europäischen Länder (durch die USA) zeigt sich keine Möglichkeit, selbst nur das ökonomische Gleichgewicht der Vorkriegszeit herzustellen", sagt die politische Resolution des zweiten Weltkongresses der IV. Internationale (April 1948). Das trifft insbesondere auf Österreich zu, dessen Anteil am Marshall"plan" ein relativ hoher ist.

6. Die Hauptlösung, unter welcher die Kapitalistenklasse in den beiden letzten Jahren den Kampf für ihre ökonomische Konsolidierung führte, war und ist der Wiederherstellung der "freien Wirtschaft". Dieser Kampf für die Beseitigung der lästigen behördlichen Kontrollen usw. hat heute mit dem Siege der Bourgeoisie geendet. Die Bewirtschaftung vieler wichtiger Artikel ist abgeschafft oder durchbrochen. Die Kapitalisten entblößten den offiziellen Markt mehr und mehr von Waren, indem sie den Hauptanteil der Produktion auf den inoffiziellen (grauen oder schwarzen) Markt warfen, um dort ihre Hauptprofite zu erzielen. So zerstörten sie schließlich den offiziellen Markt, zertrümmerten sie die Bewirtschaftung auf entscheidenden Gebieten, setzten sie an die Stelle des offiziellen den "grauen" und "schwarzen" Markt mit seinen Weltmarktpreisen, die hoch über den Inlandspreisen lagen. Heute hat das österreichische Preisniveau bereits das des Weltmarktes erreicht; der "Anschluß an den Weltmarkt" ist hergestellt.

7. Aber der Sieg der "freien Wirtschaft", des "freien Spiels der Kräfte" leitete keineswegs eine Renaissance der freien Konkur-

renz ein. Er setzt nur an die Stelle der staatlichen Bewirtschaftung fortschreitend die Kartellisierung und Monopolisierung. Wenn die bürgerliche Presse triumphierend feststellt, daß sich "Österreich der freien Marktwirtschaft rasch nähert", daß der "Wirtschaftsablauf in Zukunft nicht mehr geplant" werden soll, daß "Produktionslenkung und Großverteilung durch den Staat entfallen sollen", in einem Atemzug aber ausspricht, daß nunmehr "kartellmäßigen Vereinbarungen breiter Raum gelassen ist", so heißt das nur, daß die staatliche "Zwangswirtschaft", die ohnedies den Großprofit ungeschmäälert ließ, heute ersetzt wird durch die "Planwirtschaft" der Kartelle von der Beherrschung des Marktes durch die Preisdiktate von Kartellen und Monopolen zur Hochhaltung der Großprofite auf Kosten der breiten Massen, wie das in den letzten Jahren bereits - unter der Ägide des "Staates" - die Großhandelsmonopolisten mit ihren bis zu 200% gehenden Profiten praktizierten.

8. Die neu sich bildenden Kartelle verbergen sich heute unter den verschiedensten Namen ("Verein", "Arbeitsgemeinschaft", "Verband" usw.). Meist sind es Preiskartelle, die durch Festsetzung von Mindestpreisen den Markt zu beherrschen beginnen und sich die Konkurrenz vom Halse zu halten trachten. Die Aufrichtung der Kartelle widerspricht natürlich dem Marshall"plan", dem Abkommen, das seine Grundlage bildet. Es will die Bildung von Kartellen hintanhaltend, um den österreichischen Markt für die amerikanischen Monopolisten freizuhalten. Dennoch bilden sich die Kartelle - trotz Marshall"plan", trotz "Kartellverordnung" - auf den meisten Gebieten der industriellen Erzeugung und des Handels, von der Rohstoffproduktion bis zur Radioindustrie und zum Großhandel hinüber. Diese Kartelle werden bald Anschluß an die internationalen Kartelle finden.

9. Einen wichtigen Schritt zur völligen Restauration des österreichischen Kapitalismus stellt das jüngst erfolgte fast völlige Wegfallen der bisherigen Außenhandelskontrolle, die praktisch einem staatlichen Außenhandelsmonopol gleichkam, dar. Nunmehr ist auch hier die Barriere für den "freien" Außenhandel gefallen und damit ein lästiges Hindernis für den Profit der Kapitalisten.

10. Die Wiedereröffnung der Wiener Börse (November 1948), d.h. die Wiederherstellung des zentralen Kapitalmarktes, ist schließlich ein weiteres Anzeichen für den Fortschritt der kapitalistischen Restauration und wird von der Kapitalistenpresse auch als ein solcher gefeiert.

11. Alle diese Fortschritte auf dem Wege zur völligen Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus wurden erzielt trotz der Verstaatlichung der fünf Großbanken, zu welcher sich die Kapitalistenklasse nach 1945 bequemen mußte. Diese Verstaatlichung änderte nicht das geringste an der kapitalistischen Funktion der Großbanken, die ein wichtiges Werkzeug zur Wiederaufrichtung des Kapitalismus waren und sind. Die sonstigen Verstaatlichungen in der Industrie sabotiert die Kapitalistenklasse andauernd und mit Erfolg. Sie geht darauf aus, die verstaatlichten Großbetriebe und Industrien in eine Defizitwirtschaft hineinzutreiben, um die Verstaatlichung zu diskreditieren und so zu Fall zu bringen.

12. So hat sich innerhalb von drei Jahren aus dem Trümmerfeld der kapitalistischen Wirtschaft von 1945, wo die Arbeiter vor den zerstörten und von den Kapitalisten verlassenen Betrieben standen, der österreichische Kapitalismus wieder erhoben. Aber das gilt nicht nur für Banken und Industrie, das gilt ebenso für die Agrarbourgeoisie. Diese, an ihrer Spitze die Großagrarien, hat sich seit 1945 durch die Belieferung des "schwarzen" und grauen" Marktes mit Lebensmitteln, die sie der regulären Ablieferung, d.h. hauptsächlich

also den städtischen Konsumenten, entzog, ständig bereichert. In immer erneuten Offensiven hat sie "kostendeckende" Preise erzwungen, d.h. hunderte Millionen aus den Taschen der städtischen Konsumenten gezogen. Hatte denn die Agrarbourgeoisie die ungeheuren staatlichen Subventionen im Sack, änderte sie nicht das geringste an der Sabotage der Ablieferung, wofür die andauernden "Ablieferungsskandale" die beredtesten Zeugnisse sind. Auf diese Weise hat die Agrarbourgeoisie es verstanden, ein ständiges Ansteigen der Lebensmittelpreise zu erzielen und so schließlich den "grauen", bzw. "schwarzen" Markt zu legalisieren.

13. Wie sehr die Agrarbourgeoisie ihre Bereicherung auf Kosten der städtischen Konsumenten, vor allem also des Proletariats, durch die systematische Sabotage der Lebensmittelablieferung voranzutreiben verstanden hat, das beweist die Tatsache, daß der Anteil der österreichischen Landwirtschaft an der Deckung des Inlandsbedarfes von durchschnittlich 75% in den Jahren vor 1938 auf nicht viel mehr als 30% herabgesunken ist. Selbst die Einrechnung der Kriegsverluste, sowie der an die Besatzungsmächte abzuliefernden Mengen ergibt ein Bild davon, wieviel die Agrarbourgeoisie der staatlichen Ablieferung zugunsten der Steigerung des eigenen Profites entzog.

14. Die Struktur der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande ist aus folgender Tabelle klar ersichtlich:

Absolute Anzahl	Prozent der Gesamtanzahl der Betriebs	Prozent der gesamten Anbaufläche
215.200 Kleinbauern +) besitzen	49,0 %	6,1 %
155.700 Mittelbauern besitzen	35,5 %	21,8 %
61.180 Großbauern besitzen	14,0 %	26,8 %
6.474 Großagrarien ++) besitzen	1,5 %	45,3 %

Diese Tabelle zeigt, welche entscheidende Rolle der großbäuerliche Besitz und der landwirtschaftliche Großbesitz spielen. Die Großagrarien und Großbauern zogen den Hauptnutzen aus der Ablieferungssabotage, d.h. aus der Aushungerung der Städte, denn sie haben über 72% der Anbaufläche in Händen, obwohl sie kaum 16% der Betriebe stellen.

15. Die Agrarbourgeoisie sicherte sich ihre Wucherprofite durch die Beherrschung der monopolistischen "Wirtschaftsverbände", an deren Stelle nunmehr sogenannte "Wirtschaftsstellen" treten sollen, deren Befugnisse nicht nur die von Preiskartellen, sondern darüber hinaus auch behördlicher Natur sein sollen und die, in den Händen der Agrarbourgeoisie, dadurch ein gewichtiges Instrument zur Ausübung wirtschaftlichen und politischen Druckes auf die Klein- und Mittelbauern werden (Festsetzung von Erzeugungs- und Verarbeitungsquoten; Preisbestimmung; Festsetzung von Bezugs-, Liefer-, Verrechnungs- und Zahlungskonditionen usw.) und gleichzeitig natürlich die systematische Ausplünderung der städtischen Konsumenten, vor allem also des Proletariats durch die Agrarbourgeoisie sicherstellen sollen. Die mit diesen "Wirtschaftsstellen" gleichzeitig geplanten "Ausgleichskassen" stellen nichts anderes als Korruptionsfonds dar, die das Diktat der Agrarbourgeoisie über die Klein- und Mittelbauernschaft nur noch befestigen sollen.

16. Wie sehr die Agrarbourgeoisie ihre Wucherinteressen durchzusetzen versteht, zeigt sich u.a. in der Absicht, einen Teil der im Marshallplan vorgesehenen Lebensmittelimporte zu ersetzen durch Futtermittelimporte, deren Hauptanteil natürlich die Agrarbourgeoisie an sich reißt und so ihre Produktion steigert, im selben Moment aber durch die Preisdiktate der "Wirtschaftsstellen" darangeht, jede Verbilligung für den Massenkonsum zu verhindern.

+)vorwiegend Kleinbauern ++) mit mehr als 200 ha Grundbesitz

17. Den kartellartigen "Wirtschaftsstellen" soll an die Seite treten ein staatliches Getreidemonopol, wie dies die Agrarbourgeoisie schon nach 1918, als die Weltmarktpreise unter den Inlandpreisen lagen, durchsetzte. Damals erhob sie diese Forderung erst nach sechs Jahren, heute hat sie sie bereits nach drei Jahren erhoben. Das Getreidemonopol soll die Agrarbourgeoisie vor der Konkurrenz des billigen Weltmarktgetreides schützen auf Kosten der städtischen Konsumenten. Steigen umgekehrt die Weltmarktpreise, dann soll das Monopol der Agrarbourgeoisie natürlich die höheren Weltmarktpreise sichern.

18. Der österreichische Kapitalismus, dessen Fortschritte seit 1945 im Vorhergehenden kurz skizziert wurden, war in den letzten zehn Jahren wichtigen Veränderungen unterworfen. Die Annexion Österreichs durch den deutschen Imperialismus hat zur Eingliederung der österreichischen Industrie in die deutsche Kriegsindustrie geführt. Die Schwerindustrie wurde durch den Ausbau der bestehenden und durch Schaffung neuer schwerindustrieller Anlagen ausgebaut. In West-Österreich wurden, besonders im Zusammenhang mit der fortschreitenden Zerstörung der deutschen Industrie während des Krieges, zahlreiche neue Betriebe, meist unmittelbar für Kriegszwecke, geschaffen. Dies führte zu einer erhöhten Produktionskraft der österreichischen Industrie. Die dann durch die Einbeziehung in den Luftkrieg und schließlich in unmittelbares Kriegsgebiet herbeigeführte Zerstörung von Produktivkräften hat sich besonders in Ost-Österreich stark ausgewirkt. Die Demontage, Beschlagnahme und Besetzung von Betrieben nach Kriegsende hatte eine weitere Herabminderung der Produktivkräfte zur Folge. Alle diese Momente zusammen haben die Disproportionen des kapitalistischen Systems nur noch verschärft. Die technische Entwicklung der Landwirtschaft im besonderen blieb weit zurück.

19. Andererseits hat die politische Umgestaltung der Länder Osteuropas dort zu einer verstärkten Industrialisierung geführt und daher die Märkte der österreichischen Industrie verengt. Die im ganzen verstärkte Industrialisierung Österreichs, der Verlust bisheriger Absatzmärkte zwingt den österreichischen Kapitalismus, sich neue Märkte zu suchen. Aber diese neuen Märkte sind solche, wo er der schärfsten internationalen Konkurrenz gegenübersteht. Gleichzeitig ist jedoch eine entscheidende Steigerung des Exportes eine unbedingte Notwendigkeit. Fast sämtliche Auslandsanlagen der österreichischen Kapitalisten sind durch den Krieg verloren gegangen. Die Transiteinnahmen bei Eisenbahn, Schifffahrt usw. sind ebenfalls stark zurückgegangen. Ebenso hat der Fremdenverkehr eine starke Einbuße erlitten. Alle diese Posten zusammen erbrachten aber früher Devisen, die zur Finanzierung der Importe dienten. Ihr Wegfall hat daher die unbedingte Forcierung des Exportes zur notwendigen Folge. In dieser Richtung gehen auch alle Anstrengungen: bis 1952 (dem Jahr der Beendigung der Marshall"hilfe") soll er auf 160% des Vorkriegsexportes gebracht werden. War Österreich schon vor dem Kriege eines der mit dem Weltmarkt am innigsten verbundenen Länder, so soll dies in Zukunft nur noch mehr der Fall sein. Vorsichtige kapitalistische Schätzungen halten aber eine solche Steigerung des Exportes innerhalb der nächsten drei Jahre für unmöglich und erklären, daß sich auch nach 1952 der österreichische Kapitalismus durch "Hilfen" und Anleihen helfen müssen, was nichts anderes heißt, als daß seine Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital noch stärker werden soll.

20. Die Notwendigkeit eines verstärkten Exportes bedeutet natürlich andererseits die höchste Steigerung der Anfälligkeit gegenüber den leichtesten krisenhaften Erschütterungen des Weltmarktes, erst recht im Falle des Ausbruches einer kapitalistischen Weltkrise.

■ ■ ■

Dabei soll sich die Ausweitung des Exportes unter Bedingungen abspielen, wo einerseits auf dem Weltmarkt neue Konkurrenten (wie West-Deutschland) auftreten, andererseits sich die Tendenzen zur völligen Absperrung der unter sowjetischem Einfluß stehenden Staaten Osteuropas im Zusammenhang mit der Verschärfung der internationalen Gegensätze verstärken.

21. Das Gesamtbild, das der österreichische Kapitalismus heute bietet, kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

a) Seit 1945, besonders seit Beginn 1947, hat sich der Kapitalismus fortschreitend seiner Konsolidierung genähert.

b) Die heutige Etappe kann als Übergangszustand zur erhofften Konsolidierung bezeichnet werden. Sie ist charakterisiert durch den immer rascheren Abbau der behördlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen, die der kapitalistische Staat - im gesamtkapitalistischen Interesse - während und nach dem Kriege getroffen hat, um einerseits die staatliche Lenkung der Industrie, andererseits die Sicherung der Massenversorgung gegen kapitalistische Sonderinteressen durchzusetzen.

c) Der Vormarsch der "freien Wirtschaft" beginnt heute bereits unvermeidlich hervorzutreten als die Wirtschaft der Kartelle und Monopole, die sich die Beherrschung des Marktes sichern.

d) Die fortschreitende Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus ist unmöglich gewesen ohne die Unterstützung durch das USA-Kapital mittels des Marshall"plans".

e) Die Notwendigkeit eines verstärkten Exports wird sich unter erschwerten Bedingungen auf dem Weltmarkt vollziehen und den österreichischen Kapitalismus für die Auswirkungen einer internationalen Krise noch empfindlicher machen als er dies jemals zuvor war.

f) Die scharfen Disproportionen in der Wirtschaft, die ständige Anspannung der finanziellen Lage mit der drohenden Inflation, der Druck der USA Kontrolle, der Zwang zum Export unter erschwerten Weltmarktbedingungen - alle diese Umstände bezeugen die trotz der "Konsolidierung" weitergehende äußerste Labilität des österreichischen Kapitalismus.

22. Im ganzen bleibt also der österreichische Kapitalismus immer noch eines der schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette. Die Disproportionen in der Industrie, verschärft durch den Krieg und die Nachkriegsentwicklung, das Zurückbleiben der technischen Entwicklung der Landwirtschaft, die Demontagen und Beschlagnahmen verstärken die grundlegende Schwäche des österreichischen Kapitalismus. Andererseits zeigen sich bei der allgemeinen Annäherung an das Vorkriegsproduktionsniveau der Industrie (die allerdings sehr ungleichmäßig ist) heute schon "Übersättigungen des Marktes", wie die kapitalistische Presse die ersten Krisenanzeichen beschönigend bezeichnet. "Der Prozeß der gesunden, stetigen Entwicklung" des österreichischen Kapitalismus, von dem sie und die Presse ihrer Helfer spricht, beginnt heute schon jene Züge zu zeigen, wie sie sich bereits vor mehr als einem Jahrzehnt herausgebildet hatten: eine hochkonzentrierte Großindustrie, eng mit den wenigen Großbanken verfilzt; ein ebenso hochkonzentrierter Großhandel, der sich kartellmäßig zusammenschließt; an der Seite der Industrie- und Handelskartelle und -monopole die Preiskartelle der Agrarbourgeoisie, die sich damit wie die Kapitalistenklasse überhaupt gegen die Konkurrenz des Weltmarktes zu schützen sucht auf Kosten der breiten Massen, deren Lebensstandard auf dem heutigen tiefen Blendsniveau stabilisiert werden soll. Dieses Bild wird ergänzt durch die heute in den Hintergrund gedrängte Fertigwarenindustrie, sowie die Ge-

schmacksindustrie, die zweifellos durch die Entwicklung der Schwerindustrie, der Rohstofffabrikation usw. überholt wurden und an spezifischem Gewicht verloren haben. Die monopolistische Struktur des österreichischen Kapitalismus hat sich gegenüber der Vorkriegszeit noch verschärft; sein parasitärer Charakter ist so nur noch deutlicher geworden. Die Verstaatlichungen seit 1945 ändern an diesem Bilde nicht das geringste; in den Händen des kapitalistischen Staates, den die Monopolisten, also Banken und Großindustrie, wenn auch heute nicht direkt, beherrschen, können die Verstaatlichungen nur zu mächtigen Werkzeugen des Kapitals gegen die breiten Massen werden, soferne es dem Großkapital nicht gelingt, sie zu liquidieren.

23. Der österreichische Kapitalismus muß in der kommenden Etappe einen energischen Kampf um äußere Märkte führen. Er muß vor allem den Kampf auch um neue Märkte für seine Waren führen. Aber diesen Kampf muß er unter ungünstigen Bedingungen führen: neben dem Erscheinen neuer Konkurrenten auf dem Weltmarkte muß er versuchen, den Vorsprung vor allem der "Neutralen" und der "Siegerländer" auf dem Weltmarkte aufzuholen. Dieser Kampf um den Markt wird in der unmittelbar herannahenden Etappe noch nicht so erbittert sein: noch ist ein durch die ungeheuren Kriegszerstörungen entstandener Bedarf zu decken. Aber für die schwächeren Glieder der kapitalistischen Kette (und der österreichische Kapitalismus zählt zu ihnen) wird sich dieser Kampf um die Außenmärkte früher zuspitzen als für die großen Länder. Diese Frage kann der österreichische Kapitalismus infolge seiner Schwäche nicht selbständig durch Krieg lösen; das kann er nur im Gefolge einer der kapitalistischen Hauptmächte. Er ist auch dazu entschlossen, ohne daß er das heute schon ausspricht; vor allem aber rechnet er, sobald die Bedingungen das ermöglichen, mit der Einbeziehung Österreichs in die imperialistische Neuaufrüstung, die die USA heute bereits vorantreiben. Solange aber diese Wege und "Lösungen" verschlossen bleiben und der österreichische Kapitalismus dem scharfen Wettkampf auf dem Weltmarkt standhalten muß, wird er diese Frage lösen, wie er sie bereits vor 1938 gelöst hat: auf Kosten der breiten Massen, vor allem des Proletariats.

24. So ist trotz aller "Konsolidierung" die Situation des österreichischen Kapitalismus eine sehr labile und widerspruchsvolle. Ohne direkte Intervention durch die kapitalistischen Hauptländer hätte er sich weder erheben können noch könnte er sich behaupten. Die verstärkte Abhängigkeit vom Weltmarkt macht ihn heute doppelt anfällig. Selbst nach 1952, dem Jahr der Beendigung der Marshall "hilfe", so erklären vorsichtige Beobachter, wird sich der österreichische Kapitalismus nicht ohne weitere "Hilfe" und Anleihen halten können. Das bedeutet natürlich verstärkte Abhängigkeit von den kapitalistischen Hauptländern, vor allem von den USA, dessen Finanzkolonie Österreich heute schon ist. Die Disproportionen und Widersprüche des österreichischen Kapitalismus könnten, wenigstens vorübergehend, nur gemildert werden, wenn er in den Rahmen eines größeren Wirtschaftsgebietes einbezogen werden würde. Aber diese Einbeziehung auf kapitalistischer Basis würde die Widersprüche nur auf höherer Stufenleiter reproduzieren. Sie ist ohne imperialistischen Krieg unmöglich, würde mit dessen Vorbereitung und Ausbruch Hand in Hand gehen wie 1938.

25. Der österreichische Kapitalismus ist, so wie der europäische Kapitalismus und der Weltkapitalismus überhaupt, längst überreif, beseitigt und ersetzt zu werden durch den Sozialismus, d.h. die planmäßige Organisation der Wirtschaft auf der Basis des sozialistischen Eigentums, geleitet durch die Organe der werktätigen Massen, die Räte der Arbeiter und armen Bauern, durch deren Staat, die proletarische Diktatur. Nur diese revolutionäre Lösung kann



die Produktivkräfte im Interesse der breiten Massen entfalten, ihre Lebensinteressen sichern und ihnen eine dauernde Verbesserung ihrer Lage bringen. Diese sozialistische Lösung, die nur durch die proletarische Revolution herbeigeführt werden kann, wird an die Stelle des kapitalistischen "Wiederaufbaus", der nur Riesenprofite für die Hyänen des Kapitals und ungeheures Elend für die Massen hervorbringt, die Wirtschaft aus dem Schweiß und Elend der Massen nur aufbaut, um sie morgen wieder in einem ungeheuren Weltkrieg aufs neue zu zerstören, damit die kapitalistischen Profitinteressen gesichert sind - nur die sozialistische Lösung kann an die Stelle des Kapitalismus eine Gesellschaftsordnung setzen, die die Massen fortschreitend von Hunger, Elend, faschistischer Gefahr und Atomkriegsdrohung befreit. Sie ist nur möglich, wenn das österreichische Proletariat seine Kräfte mit dem Proletariat Europas, der ganzen Welt vereinigt zur Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Rätestaaten Europas und der Welt.

## II. Die politische Konsolidierung der österreichischen Bourgeoisie

26. Hand in Hand mit der Wiederaufrichtung ihres ökonomischen Systems ging die politische Wiedererstarkung der österreichischen Bourgeoisie. Die erste und grundlegende Tatsache in dieser Hinsicht ist die Wiederaufrichtung des kapitalistischen Staatsapparats. Heute sind Polizei und Gendarmerie wieder fest in der Hand der Bourgeoisie und verlässliche Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen. Wenn auch die Bourgeoisie noch gezwungen ist, einzelne Spitzenpositionen bei der Polizei den "Sozialisten" einzuräumen, so ändert das nicht das geringste am kapitalistischen Klassencharakter des Staatsapparates. Die Bourgeoisie wie ihre Helfer werden nicht müde, seit langem nach verstärkter Bewaffnung der Polizei und Gendarmerie zu rufen, angeblich zum "Schutz der Bevölkerung", in Wahrheit, um gegen jede Regung der Massen gewappnet zu sein. Die Forderung der Bourgeoisie nach einem Heer zeigt, wie weit sie sich - trotz Besetzung - bereits vorwagt. Die Schaffung des kapitalistischen Heeres soll die Konsolidierung des kapitalistischen Machtapparates krönen.

27. Was die staatliche Bürokratie anbelangt, so ist die alte ministerielle Bürokratie, soweit sie nicht kompromittiert war, geblieben und durch verlässliche Elemente ergänzt worden. Den Hauptanteil bei der Besetzung der hohen bürokratischen Positionen sicherten sich die Cevauer, d.h. die Clique erzreaktionärer, monarchistisch-klerikaler Bürokraten, die fest mit der Bourgeoisie verbunden sind und sich aus ihren Söhnen und den Söhnen reaktionärer kleinbürgerlicher Schichten ergänzt. Der Justizapparat ist praktisch ebenso unverändert geblieben und zeigt immer schamloser seinen kapitalistischen Klassencharakter (Sabotage der Prozesse gegen große Nazi, gegen Großschieber usw.).

28. Wie sehr die Bourgeoisie ihre politischen Interessen durchzusetzen selbst im Jahre 1945 verstand, zeigte sich in der Annahme der Verfassung von 1929 durch die SP, zeigte sich im Beibehalten einer Unmenge drückender Gesetze aus der Nazizeit, u.a. des Lohnsteuergesetzes, zeigte sich in der Aufrechterhaltung des § 144 (Abtreibungsparagraph), der Todesstrafe usw. Die Erstarkung der Bourgeoisie zeigt sich weiters darin, daß sie heute darangehen will, im engen Bündnis mit dem Vatikan, der seit 1945 in Österreich unter dem Deckmantel der politischen Abstinenz agiert, eine reaktionäre Linie auf dem Gebiete der Schule offen einzuschlagen. Die staatliche Schule soll auf Kosten der klerikalen zurückgedrängt und schließlich wieder unter die Fuchtel der Pfaffen gebracht werden.

29. Die politische Stabilisierung der Bourgeoisie zeigte sich weiters in ihrer wachsenden Sabotage der Verstaatlichungen; in ihrem Widerstand gegen die Vermögensabgabe, die sie schließlich praktisch in eine Farce zu verwandeln verstand; in der Überwälzung der Hauptlasten des "Wiederaufbaues" auf die Schultern der breiten Massen, die - wie das Budget für 1949 zeigt - noch mehr geschröpft werden sollen; in der andauernden Sabotage der Ernährung durch die Agrarbourgeoisie, die diese "Sabotage" nur zum Zwecke erhöhter Profite und eklatanter Erpressungen höherer Agrarpreise betreibt; zeigt sich in der Wiedereinsetzung der Nazikapitalisten in die Betriebe; in der Wiedereinsetzung faschistischer Elemente in den Macht- und Verwaltungsapparat; in der geplanten Rückgabe der Starhemberg-Güter bei gleichzeitiger Sabotage der Rückgabe des 1934 geraubten Arbeitervermögens; in der immer offener hervortretenden Korruption (Tabakregieskandale etc.), die bis in die Regierungsspitze reicht. Alle diese Tatsachen und geplanten Maßnahmen der Bourgeoisie beweisen, wie sehr die es verstanden hat, seit 1945, wo sie praktisch vor dem Nichts stand, wieder hochzukommen und sich fest in den Sattel zu setzen.

30. Die Überwälzung der Kosten des kapitalistischen Wiederaufbaues auf die Schultern der breiten Massen zwingt die Bourgeoisie nach wie vor, politisch-strategisch an der Linie der Zusammenarbeit, der "Konzentration" festzuhalten, die sie 1945 beschreiten mußte. Die "Konzentration" wurde nach dem Austritt der "Kommunistischen" Partei aus der kapitalistischen Regierung (November 1947) durch die "Schicksalsgemeinschaft ÖVP/SPÖ" ersetzt. Als Gegenleistung für die gewaltigen Opfer der Massen, ihr Elendsdasein und ihre Auspressung durch die Kapitalisten akzeptierte die Bourgeoisie eine Reihe von Reformen, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß die Kosten, die sie verursachen, von den Massen selbst getragen werden. Überdies ermöglicht der kapitalistische Klassencharakter des Staatsapparates es der Bourgeoisie, die Reformgesetze zu sabotieren und unwirksam zu machen. Auch für die nächste Etappe wird die Bourgeoisie an der strategischen Linie der "Zusammenarbeit" mit der SP festhalten. Diese Zusammenarbeit erlaubt ihr, sich das Proletariat friedlich unterzuordnen. Zunächst ist der führende Teil der Bourgeoisie entschlossen, für die Dauer der Besetzung Österreichs an dieser Linie festzuhalten.

31. Als Hauptreserve sichert sich die Bourgeoisie die Gefolgschaft der Mittelbauern und selbst eines Teiles der Kleinbauern, teils indem sie besonders die Mittelbauern durch ökonomische Vorteile an sich zu binden sucht (Aufmunterung zur Sabotage der Ablieferung usw.), teils indem sie sie dem unmittelbaren ökonomischen Druck unterwirft (Preisfestsetzung durch Wirtschaftsverbände usw.). Letzteres soll besonders noch durch die an die Stelle der Wirtschaftsverbände tretenden "Wirtschaftsstellen", die nichts als agrarische Kartelle sind, vorgetrieben werden. Selbst die Bodenreform, die von der Bourgeoisie seit 1945 andauernd sabotiert wird, will sie in eine Waffe für sich verwandeln, indem sie den Böden nicht den Kleinbauern und dem Landproletariat zukommen lassen, sondern unter dem Deckmantel der "Kräftigung des Bauernstandes" neue Groß- und Mittelbauernhöfe schaffen will. Zu den Reserven der Bourgeoisie zählt auch jenes städtische Kleinbürgertum, das die vergangenen Jahre an der Ausplünderung des Proletariats in gewissem Grade teilgenommen hat.

32. Gestützt auf die Mittelbauern, auf Teile der Kleinbauernschaft, sowie des städtischen Kleinbürgertums, ordnet sich die Bourgeoisie vermittels der "Zusammenarbeit", der Koalition mit der SP das Proletariat unter. So hat die Bourgeoisie es verstanden, ihr Regime bisher vor jeder ernststen Erschütterung zu bewahren und im

Gegenteil es noch zu festigen. Sie hofft, dies auch in der nächsten Etappe vermittels dieser Strategie zu erreichen.

33. Die ÖVP ist seit 1945 die einzige kapitalistische Partei, fungiert so als kapitalistische Sammelpartei, die ihre monopolistische Stellung bis heute zu behaupten vermochte, vor allem dank der Unterstützung durch die englischen und die USA-Kapitalisten. Sie wendet sich gegen die Neubildung anderer bürgerlicher Parteien, weil sie sich dadurch in ihrer monopolistischen Stellung bedroht sieht, aber auch, weil sie in solchen Neugründungen eine Schwächung der gesamt-kapitalistischen Interessen sieht. Sie versucht, in ihren eigenen Reihen die verschiedenen, sich oft widersprechenden Interessen der einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie wahrzunehmen und geht heute daran, mit ihren "Volkspolitischen Konferenzen" auch den parteimäßig obdachlos gewordenen Nazis eine "Öglichkeit zur legalen politischen Aktivität zu geben. Was die Bourgeoisie mit der Verteidigung der Monopolstellung der ÖVP eigentlich ausdrückt, ist ihre Tendenz zur Wiederaufrichtung der offenen Diktatur wie nach 1934, eine Tendenz, die sie heute schon durchschimmern läßt, z.B. in der ständischen Gliederung der ÖVP selbst. Dennoch wird sich die Herausbildung weiterer bürgerlicher Parteien den Weg bahnen. Innerhalb der ÖVP befinden sich heterogene bürgerliche Elemente, was sich bei der Behandlung der verschiedensten Fragen mehr oder weniger deutlich zeigte. Die Führung in ihr hat das Finanzkapital, eng verbündet mit der Agrarbourgeoisie und dem Vatikan. Sie umschließt aber seit 1945 auch solche früheren Parteien, wie den Landbund, eine großbäuerliche Partei, die jedoch gegen den clerikalen Kurs opponiert, sowie diejenigen Teile der Bourgeoisie, die 1938 den "Ausgleich" mit Deutschland herbeiführten. Es ist zweifellos, daß sich die verschiedenen kapitalistischen Gruppen wieder eigene Parteinstrumente schaffen werden. Aber auch das ist ein Anzeichen dafür, daß die Periode der unmittelbaren Gefahr für die Bourgeoisie beendet ist, daß sie sich den Luxus mehrerer Parteien erlauben kann dank ihrer politischen Festigung im allgemeinen.

34. Die latente Tendenz der Bourgeoisie zur Wiedererrichtung ihrer offenen Diktatur zeigt sich u.a. in der Betrugslösung des "Solidarismus", sowie ihrem systematischen Vermeiden, auch nur das Wort "Republik" zu gebrauchen, in ihrem demonstrativen Bekenntnis zur Februaraktion der Bourgeoisie 1934 usw. Wohin die österreichische Bourgeoisie in der ersten Etappe auf dem Wege zur Wiedererrichtung der offenen Diktatur will, das ist zweifellos ein Regime, das die Massen in ihrer Bewegungsfreiheit stark einengt, vor allem mit Hilfe der SP-Spitze, die um den Preis von Posten und Pöstchen für sich zustimmen soll. Diese "ständische Demokratie" soll der Bourgeoisie, vor allem dem Monopolkapital, erlauben, die Ausplünderung der Massen zu steigern, ihre Niederhaltung zu verschärfen, um den kapitalistischen Großprofit zu sichern. In dieser latenten Linie der Bourgeoisie, die auf Wiedererrichtung der offenen Diktatur hinzielt, manifestiert sich die relative Schwäche der österreichischen Bourgeoisie trotz aller Konsolidierung.

### III. Die außenpolitische Linie der österreichischen Bourgeoisie

35. Die außenpolitische Linie der österreichischen Bourgeoisie ist heute noch bestimmt von der seit Kriegsende andauernden vierfachen Besetzung des Landes. Diese Tatsache zwingt die Bourgeoisie, zwischen den sich immer schroffer gegenüberstehenden Lagern des Imperialismus und der Sowjetunion zu lavieren. Der grundlegende außenpolitische Kurs der Bourgeoisie ist ausgerichtet auf die Einbeziehung Österreichs in das unter Führung des USA-Imperialismus aufgebaute

Weltpaktsystem des Imperialismus, in erster Linie die wenn auch verhüllte Einbeziehung in den Westpakt. Die seitens der imperialistischen Sieger in der letzten Etappe eingeschlagene Einbeziehung Westdeutschlands in das westeuropäische Paktsystem verstärkt noch diesen grundlegenden Kurs der österreichischen Bourgeoisie: sie beseitigt in gewissem Grade die bisherige isolierte Stellung Österreichs.

36. Angesichts der sowjetischen Besetzung ist die österreichische Bourgeoisie jedoch gezwungen, ihre außenpolitische Linie mehr oder minder zu maskieren. Die offizielle Linie ist daher die der "absoluten Neutralität". Die Bourgeoisie wird sich auch in der nächsten Etappe aus offenen außenpolitischen Abmachungen heraushalten. Jedoch ist es klar, daß gerade Österreich am allerwenigsten eine "absolute Neutralität" durchführen kann. Jedes der beiden entgegengesetzten Lager muß versuchen, Österreich fest in seine Interessensphäre einzugliedern. Als kapitalistisches Land tendiert es natürlich zum Lager des Weltimperialismus. Aber die Grenzlage gegenüber der Sowjetunion, bzw. ihren Satelliten zwingt der österreichischen Bourgeoisie eine außenpolitische Linie auf, die ihr die Sicherung der kapitalistischen Herrschaft unter Berücksichtigung dieser Grenzlage Österreichs ermöglicht. Diese Linie ist die der "absoluten Neutralität".

37. Die ökonomische sowie politische Erstarkung der österreichischen Bourgeoisie ermöglichte es ihr, auch außenpolitisch aktiver aufzutreten. Das zeigte sich bereits bei den "Staatsvertrags"-Verhandlungen in der Vergangenheit, wo sie auf den Grenzen von 1937 beharrte und in der Frage des "deutschen Eigentums", der Reparationen an die Sowjetunion einen unnachgiebigen Standpunkt einnahm. Das zeigt sich insbesondere heute, wo sie selbst die Initiative zur Wiederaufnahme der "Staatsvertrags"-Verhandlungen ergreift. Womit die Bourgeoisie bei dieser Initiative rechnet, ist die durch die Stalinsche Politik geschwächte Position der Sowjetunion (Niederlage in Italien, Frankreich usw.). Sie hofft, daß sich unter dem Druck dieser Niederlagen der Arml heute zu einem annehmbaren Kompromiß über Österreich bereitfinden wird. Erst der Gang der Verhandlungen selbst wird aber zeigen, ob es sich bei der Initiative der Bourgeoisie nicht eher um einen Versuch gehandelt hat, die heutige Stellung der Sowjetunion in der Frage des "Staatsvertrages" überhaupt aufzuklären, was für die Bourgeoisie gerade durch den Gang der Ereignisse in Berlin von größter Bedeutung ist.

38. Durch die Aufrichtung der "Volksdemokratie" in Ungarn und in der Tschechoslowakei hat sich die außenpolitische Lage der österreichischen Bourgeoisie unmittelbar zweifellos verschlechtert. Andererseits hat aber der Konflikt Moskau-Tito wieder eine bestimmte Erleichterung dieser außenpolitischen Lage gebracht: einerseits hinsichtlich der Lockerung der "volksdemokratischen" Zange, in der Österreich steckt, andererseits hinsichtlich des möglichen Fallenlassens der jugoslawischen Forderungen auf Südkärnten durch den Kreml. Diese Lage hat die Manövrierfähigkeit der österreichischen Bourgeoisie sicherlich erhöht. Worauf sie aber letzten Endes rechnet, das ist die Festigung des imperialistischen Blocks gegen Sowjetrußland, der durch den Westpakt, den kommenden Atlantikpakt, durch die Wiederingangsetzung der imperialistischen Aufrüstung im letzten Jahre beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Die Herstellung eines bedeutenden Übergewichtes der Imperialisten über den Kreml, dessen politische und diplomatische Zurückdrängung - das ist es, was die österreichische Bourgeoisie abzuwarten trachtet. In diesem Sinne ist ihre heutige außenpolitische Linie auf Zeitgewinn ausgerichtet.

39. Sicherlich wird der österreichische "Staatsvertrag", wenn nicht eine revolutionäre Offensive ihn hinfällig macht, das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Imperialismus und dem Kreml sein, wahrscheinlich eines Kompromisses im Weltmaßstab. Dieses Kompromiß zu erzwingen, dem dient unmittelbar die imperialistische Politik des Atlantikpakt; der Aufrüstung usw. Aber für die Kremlbürokratie ist ein solches Kompromiß immer weniger tragbar. Sie muß versuchen, ihre Positionen auf ihre Weise, durch militärisch-bürokratische Aktionen zu festigen, nachdem sie außerstande ist, den einzig wirksamen Weg der proletarischen Revolution zu gehen. Gerade diese wachsende Unmöglichkeit für den Kreml, ein Kompromiß mit dem Weltimperialismus einzugehen, wird ihn veranlassen, an seiner bisherigen Linie des Hinauszögerns in der Frage des österreichischen "Staatsvertrages" festzuhalten.

40. Die Frage der direkten Eingliederung Österreichs in das Glacis Rußlands ist heute immer noch offen. Wenn auch die Voraussetzungen in Österreich für eine "volksdemokratische" Aktion des Kremls mit jenen der Länder Osteuropas oder Ostdeutschlands nicht zu vergleichen sind (fehlende Tendenz zum Zusammenschluß von SP und KP; Entfernung der Stalinschen Infiltration in den Polizeiparat; Anwendung des "Marshall"planes" auch für den russisch besetzten Teil Österreichs; Schwäche der österreichischen Stalinspartei; Einheitlichkeit der Währung für ganz Österreich usw.), so kann kein Zweifel bestehen, daß es dem Kreml im gegebenen Augenblick nicht an Anlässen fehlen würde, um seine Aktion zu starten. Doch wird diese dann vorwiegend militärischen Charakter haben, sich unmittelbar auf Bajonette stützen und in keiner Weise Sympathien bei den Massen finden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der jüngst erfolgte Vorstoß (Angriff auf den ÖVP-Minister Kraußland, der indirekt der Vorschubleistung bei Spionage gegen Rußland beschuldigt wird) der Beginn einer weitausholenden Aktion des Kreml ist, die letzten Endes auf den Bruch mit der österreichischen Regierung hinzielt und so die "Volksdemokratie" in Österreich etablieren will. Eine solche Aktion, die die Abtrennung des östlichen Teiles Österreichs und seine Verwandlung in einen Teil des russischen Glacis bedeuten würde, wird aber auf den schärfsten Widerstand der Imperialisten stoßen, die keineswegs gewillt sind, die Schlüsselstellung Österreich dem Kreml zu überlassen. Sie würde ohne Zweifel die Zuspitzung des weltpolitischen Gegensatzes Imperialismus-Sowjetunion bedeutend verschärfen und den bewaffneten Zusammenprall beschleunigen.

41. In ihrer außenpolitischen Aktion vermag sich die Bourgeoisie - dank der Stalinschen Besatzungspolitik - fast auf die gesamten Massen zu stützen. Sie hat - trotz der Verkündung der "absoluten Neutralität" - ihren Platz an der Seite der Imperialisten eingenommen, wenn sie auch sicherlich daran interessiert ist, daß es nicht unmittelbar zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen diesen und der Sowjetunion kommt, da Österreich sofort zum Kriegsgelände würde und die Existenz der Bourgeoisie selbst auf dem Spiel stünde. Gegenüber der vierfachen Besetzung Österreichs seit bald vier Jahren nimmt die gesamte Bourgeoisie eine einheitliche Stellung ein. Ihre außenpolitische Differenzierung ist aber dennoch vorhanden, nur tritt sie heute nicht offen hervor. Hier sind drei Tendenzen zu unterscheiden, die im Grunde nur die Fortsetzung der alten außenpolitischen Gruppierungen in der österreichischen Bourgeoisie sind:

a) Der eigentlich "österreichische" ("katholisch-klerikale") Teil der Bourgeoisie. Er geht auf die "selbständige" Position des österreichischen Kapitalismus aus, vor allem auf die Abwehr der deutschen Konkurrenz. Er wird repräsentiert von Banken, Großindustrie, Fertigwarenindustrie, Großgrundbesitz usw. Dieser Flügel der Bour-

geoisie hofft, vor allem bei Zusammenbruch der Sowjetunion, seine alten Märkte in Ost- und Südosteuropa wenigstens zum Teil wieder zurückzuerobern. Mit Hilfe der Imperialisten hofft er, unter Umständen die Wiedererrichtung der Habsburgermonarchie zu erreichen und eine "Föderation" der ehemaligen Länder der Monarchie herzustellen unter Führung der österreichischen Bourgeoisie. Diesen Flügel der Bourgeoisie stützt vor allem der Vatikan, sicherlich heute auch der USA-Imperialismus. Auch die französische Bourgeoisie steht diesen Plänen (die natürlich die Zerstörung der Sowjetunion und die offene Niederwerfung der Arbeiterklasse voraussetzen) geneigt gegenüber, weil ihre Realisierung Österreich zu einem Gegengewicht Deutschlands machen würde und dadurch die Stellung des morschen französischen Imperialismus in Europa stärken könnte.

b) Der prodeutsche Flügel der Bourgeoisie. Er tritt heute aktiv kaum hervor, doch wird ihm die wachsende Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Imperialisten größere Kraft verleihen. Er wird repräsentiert durch die Schwerindustrie, die heute ihre Hoffnungen auf die Zerstörung der Sowjetunion setzt und damit rechnet, daß die deutsche Bourgeoisie bei diesem Kampfe neuen Spielraum für ihren Aufstieg zur Weltmacht gewinnt. Dieser Flügel der österreichischen Bourgeoisie stützt sich heute auf die Überreste der ehemaligen Nazi-Partei und aktiviert ihre Untergrundbewegung (Neonazi). Er kann heute im bestimmten Grade die Politik des USA-Imperialismus, der die Wiedererstarkung Deutschlands betreibt, ausnützen. Gegen diesen Flügel wendet sich sowohl der französische wie der englische Imperialismus; die den Wiederaufstieg Deutschlands zur Weltmacht verhindern wollen.

c) Ein schwacher Teil, den wir als den "Schweizer" Flügel der Bourgeoisie bezeichnen können. Er wird repräsentiert durch einen Teil der mittleren und kleineren Industriellen und der Handelsbourgeoisie. Diese erblicken in einer Verwandlung Österreichs in eine "zweite Schweiz" ihre Interessen am besten gewahrt, da sie damit glauben, der Konkurrenz der deutschen Monopole entgehen zu können, aber auch vor dem Hineinziehen in Weltkonflikte verschont zu bleiben. Zur Realisierung seines außenpolitischen "Ideals" fehlt diesem Teil der Bourgeoisie so ziemlich alles: sowohl die objektiven Bedingungen, die Österreich zu einem "neuralgischen" Punkt mehr denn je machen, als auch die subjektive Kraft, ihr "Ideal" zu verwirklichen.

#### IV. Die Lage der Massen

42. Die Lasten des kapitalistischen Wiederaufbaues haben zur Gänze die breiten Massen getragen, vor allem das Proletariat. Hunger, furchtbare Verelendung, Steuerraub und Auswucherung durch die ständig ansteigenden Preise haben die Massen auf ein Niveau herabgedrückt, das sie selbst in den Zeiten der schlimmsten Arbeitslosigkeit anfangs der dreißiger Jahre nicht gekannt haben. Das Realeinkommen der Arbeiterklasse nach drei Jahren kapitalistischen Wiederaufbaues schätzt ein objektiver bürgerlicher Fachmann auf bloß 50% des Realeinkommens von 1935. Aber selbst 1935 war das Realeinkommen des Proletariats gegenüber den Jahren vor Ausbruch der Weltkrise tief hinabgedrückt: diesem Ziel hatte u.a. auch die Februaraktion 1934 der Bourgeoisie gedient. Derselbe Fachmann stellt fest, daß heute das Proletariat "am Rande des Existenzminimums" lebt. Aber auch das ist noch eine gewisse Übertreibung: das gilt heute nur von den gehobeneren Schichten des Proletariats, bestimmten Facharbeitergruppen usw. Seine große Mehrheit lebt auf einem Niveau, das unter dem notwendigen Existenzminimum liegt. Während z.B. die Hauptmassen der Mittel- und Kleinbauernschaft imstande waren, ihren

Lebensstandard zumindest dem der Vorkriegszeit gleichzuhalten (wenn sie ihn nicht sogar etwas verbessert haben), und während (wie eine bürgerliche Quelle einschätzt) Kleingewerbe, Handwerk und selbst Kleinhandel in den verflossenen drei Jahren gegenüber dem Proletariat einen "wesentlich gehobeneren Lebensstandard" behauptet haben, ist das Proletariat auf eine Stufe seines Realeinkommens herabgesunken, die kaum mehr unterboten werden kann.

43. In den vergangenen drei Jahren stieg der Reallohn des Proletariats insofern, als durch die Vermehrung und qualitative Verbesserung der rationierten Lebensmittel, wie durch das gesteigerte Angebot von Lebensmitteln auf dem schwarzen und grauen Märkte zu gesunkenen Schleichhandelspreisen sich die Ernährungslage der städtischen Massen fühlbar verbessert hat. Damit wurde der akute Hunger der Jahre 1945-47 überwunden. Das ist vor allem das Ergebnis der aus dem Marshallplan fließenden Lebensmittelsubventionierung, sowie der nach der Währungsreform einsetzenden gesteigerten Güterproduktion im industriellen Sektor und der damit verbundenen Wiederherstellung des fast normalen Güteraustausches zwischen Stadt und Land. Diese tatsächliche Hebung des Reallohnes gegenüber den Jahren 1945-47 reicht aber für die breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten nur im geringsten Maße aus, um sich (über die Erhaltung der nackten physischen Existenz hinaus) die notwendigsten Konsumgüter wie Wohnung, Kleidung etc. anzuschaffen. Das ist eine Tatsache, die sich jetzt schon immer stärker für die gesamte industrielle und gewerbliche Konsumgüterproduktion fühlbar macht. Trotz größter Not sind die Massen nicht imstande, die zu vielfach überhöhten Preisen angebotenen Waren zu kaufen. Die Lohn-Preis-Pakte hatten vor allem die Funktion, die gewerkschaftliche Kampfkraft des Proletariats zu knebeln, damit es den kapitalistischen Sanierungsprozeß nicht durch neue Lohnforderungen stört. Während in diesen Pakten der Lohnstopp eine absolute Wirkung besitzt, gilt der Preisstopp in der Praxis tatsächlich nur für den immer kleiner werdenden Sektor der rationierten Güter. Gegenüber den Vorkriegspreisen haben die heutigen Preise, selbst bei einigen bewirtschafteten Waren, durchschnittlich das acht- bis zehnfache der Vorkriegspreise erreicht, während die Löhne höchstens das dreifache Niveau erreicht haben. An dieser Proportion haben die Lohn-Preis-Pakte nicht das geringste geändert, höchstens auf kurze Zeit in unbeträchtlichem Ausmaß, welcher "Erfolg" durch die neuen Preissteigerungen rasch zunichte gemacht wurde. Während also der Reallohn durch die Verbesserung der Ernährungslage im allgemeinen gestiegen ist, hat sich im selben Zeitraum der Relativlohn, bedingt durch die gesteigerte Produktivität und Intensivierung der Arbeit, beträchtlich gesenkt. Die dadurch bedingte Steigerung der Mehrwert- und Profitrate ist somit gegenwärtig die stärkste Triebkraft der kapitalistischen Wirtschaft in Österreich.

44. Einen weiteren Aderlaß an den breiten Massen bedeutete die "Währungsreform" vom Dezember 1947. Sie raubte den Kleinsparern ihre letzten Reserven. Zwei Drittel ihrer Einlagen wurden gestrichen, der Rest für die allerschwächsten Schichten mit einigen unzulänglichen Pflüsterchen maskiert, während die Kapitalisten, deren Einlagen ab Dezember 1945 im Verhältnis 1:1 bewertet wurden, ihr Schäfchen so ins Trockene brachten, wie wir bereits oben feststellten.

45. Das Ansteigen der Produktion in den beiden letzten Jahren, besonders im Jahre 1948, ist nur zum geringsten Teil den Massen zugute gekommen. Während sie verträumt wurden, daß das Ansteigen der Produktion eine Vergrößerung des Sozialprodukts bringen und und damit eine Senkung der Preise herbeiführen werde, hat sich

(wie vorauszusehen war) der erste Teil der Prognose verwirklicht, während der zweite Teil, die Senkung der Preise, in ein Nichts zerronnen ist. Die Preise sind, abgesehen von einigen unbedeutenden Herabsetzungen bei solchen Waren, die für den Massenkonsum bedeutungslos sind, trotz erhöhter Produktion ununterbrochen weiter angestiegen, da Preiskartelle und Großhandelsmonopole daran gingen, ihre Profite, selbst bei vermindertem Umsatz, unverändert hochzuhalten und da andererseits die Bourgeoisie den vergrößerten Warenstrom nach außen, auf den Weltmarkt lenkt, der ihr höhere Profite sichert.

46. Die Auswucherung der Massen durch die Schleichhandelspreise in den Jahren 1945 bis 1947, durch die Preise des "grauen" Marktes in dem Jahr seither, durch die ununterbrochenen Preissteigerungen sowohl für Lebensmittel wie für Kleidung, Möbel, Hausrat, die den Massen auch nicht die geringste Anschaffung oder Nachschaffung erlaubten, wird ergänzt durch die Ausplünderung, der sie der kapitalistische Staat unterwirft. Österreich ist das höchstbesteuerte Land Europas. Das heißt aber, daß die Massen die höchsten Steuern zahlen. Für die Lohnsteuer gilt noch das Nazi-gesetz, das auf die Hereinbringung der Milliardenkosten des Krieges abgestellt war. Im neuen Budget (1949) wurde sie von 500 Millionen auf 800 Millionen erhöht, die von den ungefähr zwei Millionen in Betrieben Beschäftigten aufgebracht werden sollen. Dagegen sollen die Kapitalisten, also Banken, Großunternehmen usw., und das Kleinbürgertum, also Bauern, Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker usw., nur einen etwas höheren Betrag (980 Millionen) an direkten Steuern bezahlen, wobei auf das letztere der ungleich größere Teil fällt. Das Proletariat bezahlt also von seinen Bettel-löhnen dieselbe Steuersumme wie Bourgeoisie und Kleinbürgertum zusammen, wobei der kapitalistische Staat der Bourgeoisie noch in jeder Weise "entgegenkommt" und beide, Bourgeoisie wie Kleinbürger-tum, die Steuern auf die Massen abwälzen. Die Verbrauchssteuern machen allein 50% des Budget aus: sie werden getragen von den brei-ten Massen. Während das Arbeitereinkommen durch die indirekten Steuern mit mindestens 5% belastet ist, ist das der Selbständigen mit bloß einem Prozent belastet! Auf den Kopf der Bevölkerung ent-fällt hier ein Betrag von 400 Schilling jährlich. Eine vierköpfige Arbeiterfamilie hat also jährlich 1600 Schilling an indirekten Steuern zu bezahlen, das sind nicht weniger als zehn bis zwölf Wo-chenlöhne. Das neue Budget steigert die bisherige Ausplünderung der Massen also noch weiter ins Unerträgliche. Die mit einem Bet-tellohn abgespeisten Massen des Proletariats bezahlen noch die Un-kosten der kapitalistischen Staatsmaschinerie, die aus den von den Massen aufbrachten Steuermilliarden den Kapitalisten unter allen möglichen Titeln fette Privilegien und Geschenke zuschiebt.

47. Dazu werden die Massen des Proletariats noch gepeinigt von der Geißel der Wohnungsnot. In Wien allein gibt es an 120.000 Woh-nungssuchende. Die Gemeinden waren bisher nur im geringsten Maße imstande, auch nur die kriegsbeschädigten Wohnungen wiederherzu-stellen, geschweige der Neubauten zu errichten. Die Bourgeoisie hat den Gemeinden die finanziellen Mittel im Namen des "Wiederauf-baues" beschnitten, so auch der Gemeinde Wien, deren Steuerzuwei-sung durch die Bourgeoisie von 43% vor 1934 auf 33% herabgedrückt wurde. So verschärft sich noch das ungeheure Wohnungselend der Mas-sen. Die Kosten des Wohnungswiederaufbaues werden dabei den Massen aufgebürdet.

48. Das elende Niveau des Reallohnes hat zu einer bedeutenden Zu-nahme der Frauenarbeit geführt. Wenn die Höhe der Frauenlöhne relativ gegenüber früher gestiegen ist und bei verschiedenen Ka-tegorien die Löhne der Männer erreicht hat, so erklärt sich das



daraus, daß die heutigen Männerlöhne relativ auf das Niveau der früheren Frauenlöhne und noch tiefer herabgedrückt wurden.

49. Die Verelendung des Proletariats zeigt sich in besonderem Maße an der Verelendung der proletarischen Jugend, am Lehrlingselend. Die schulentlassene Arbeiterjugend findet keine Lehrstelle. Zehntausenden Jugendlichen steht nur ein Bruchteil dieser Zahl an offenen Lehrstellen gegenüber. Der Ausweg, den die Bourgeoisie (und mit ihr die SP) aus dieser Lage suchen, soll die Einführung eines neunten Schuljahres sein, was unter den heutigen Bedingungen natürlich nur bedeutet, daß den Arbeitereltern die weitere Last für die Erhaltung der heranreifenden Kinder aufgebürdet wird. Während aber zehntausende Jugendliche ohne Lehrstellen bleiben, versucht die Bourgeoisie, die Lehrzeit der anderen zu verlängern und so die Lehrlingsausbeutung zu erhöhen.

50. Die durchgreifende Rationalisierung des Produktionsprozesses soll es in der kommenden Etappe der Bourgeoisie ermöglichen, den Relativlohn des Proletariats weiter hinabzudrücken. Sie soll ebenso die Lohnkosten für die Kapitalisten hinabdrücken, indem sie ihnen ermöglicht, zehntausende Arbeiter auf die Straße zu werfen, in Arbeitslose zu verwandeln und so ein ständiges Druckmittel auf die in den Betrieben stehenden Arbeiter zur Hand zu haben. Die Zahl der Arbeitslosen soll jetzt "saisonmäßig" wachsen, sie wird im Zusammenhang mit der Rationalisierung, mit den "Ersparnissen" bei der öffentlichen Verwaltung durch den Abbau zehntausender Angestellter zunehmen. Dabei befinden sich heute schon unter den Arbeitslosen zehntausende Angestellte, die seit Jahren arbeitslos und so praktisch zur Dauerarbeitslosigkeit verurteilt sind.

51. Lebt die Arbeiterklasse am Rande des Existenzminimums, so leben bestimmte Schichten der Massen tief unter ihm. Kleinrentner, Arbeits- und Altersrentner, Kleinpensionisten, Schwerkriegsversehrte usw. führen ein beispielloses Elendsdasein mit ihren Bettelrenten.

52. Die Lage des Landproletariats ist um nichts besser als die des städtischen Proletariats, nur daß seine Unterdrückung noch härter, seine Ausplünderung schamloser und seine Widerstandskraft geringer ist. Um dem Landproletariat jeden, auch nur kleinsten Kampf zur Verbesserung seiner Lage unmöglich zu machen, hat die Bourgeoisie es vermocht, z.B. die Einbeziehung der Landarbeiter in die Arbeiterkammern zu verhindern und sie den Bauernkammern unterzuordnen, d.h. dem Diktat der Agrarbourgeoisie auszuliefern. Die trotz der elenden Lage der städtischen Proletarier anhaltende Landflucht des ländlichen Proletariats zeigt nur, daß die Lage des letzteren potenziertes Elend ist.

53. Was die armen Schichten des Kleinbürgertums auf dem Lande wie in der Stadt anbelangt, so konnten sie, wie eingangs dieses Abschnittes bemerkt, im allgemeinen bisher ihren Vorkriegslebensstandard aufrechterhalten oder zumindest ihre Lage gegenüber der des Proletariats verbessern. Heute aber verschlechtert sich auch die Lage dieses Teiles des Kleinbürgertums. Die sinkende Kaufkraft der Massen des Proletariats (im Verhältnis zu der zur Verfügung stehenden vermehrten Gütermenge) vermindert unmittelbar das Einkommen der kleinen Selbständigen. Die wachsende Konkurrenz trifft sie immer mehr; außerdem verschärft sich der Druck der Bourgeoisie auch auf diese kleinbürgerlichen Schichten, die mit Steuern, Abgaben usw. ausgewuchert werden. Der Druck der Kartelle in der Stadt, der großbäuerlichen auf dem Lande entreißt diesen kleinbürgerlichen Schichten Teile ihres Einkommens. So wird sich in der kommenden Etappe die Lage der armen Schichten des Kleinbürgertums in der Stadt wie auf dem Lande rasch verschlechtern.

54. Zusammenfassend ist also festzustellen, daß sich der kapitalistische "Wiederaufbau" auf die furchtbaren Opfer der Massen, vor allem des Proletariats, gründet, auf seinen Hunger, seinen Schweiß, seinen andauernden und sich verschärfenden Elend. Während die Bourgeoisie ihre Profite ständig und in immer höherem Maße vergrößert, ihre parasitäreren Schichten Riesenprofite einheimen, ist das Proletariat in einem Abgrund von Elend versunken, aus dem es sich bis heute keinen ernsthaften Schritt herauszuarbeiten imstande war. Im Gegenteil, die Bourgeoisie setzt zu immer neuen Rauboffensiven an, sie geht daran, die heutige Elendslage des Proletariats zu stabilisieren, ja noch zu vergrößern. Ebenso wächst der Druck der Bourgeoisie heute bereits auf die armen Schichten des Kleinbürgertums in Stadt und Land, denen - wie dem Proletariat - die Hauptlast der kapitalistischen Sanierung aufgelastet wird.

## V. Die Politik von SP und Stalinpartei

### A) Die Politik der "Sozialistischen" Partei

55. Mit Kriegsende hat die SP, aus der Illegalität seit 1934 kommend, in die sie die österreichische Bourgeoisie durch den Februar 1934 gestoßen, mit eben derselben Bourgeoisie ihre offene Zusammenarbeit aufgenommen, ist sie in die kapitalistische Regierung eingetreten und bis heute in ihr verblieben. Soweit es auf ihren rechtesten Flügel, auf die Schärf, Helmer & Co. ankommt, so ist dieser entschlossen, die offene Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie selbst im Falle eines Wahlsieges der SP, der ihr die absolute Mehrheit gibt, fortzusetzen - im Namen der "Demokratie", die "die Minderheit nicht von der Verantwortung ausschließt".

56. Die SP nimmt offen das "Gelingen" des kapitalistischen Wiederaufbaues, die "Rettung vor dem Chaos", "vor der Inflation" usw. für sich in Anspruch. Sie drückt damit nur aus, daß ihre Politik identisch ist mit der Politik des weitsichtigsten Teiles der Bourgeoisie, der sich angesichts des völligen Zusammenbruchs 1945 zur offenen Zusammenarbeit mit der SP entschließen mußte, um das kapitalistische Wrack wieder einigermaßen seetüchtig zu machen. Die "Staatspolitik" der SP, ihre Berücksichtigung der "staatspolitischen Notwendigkeiten" hat die heutige Lage der Massen herbeigeführt, andererseits die Bourgeoisie wieder fest in den Sattel gesetzt. Ihr, die sich auf das Gros der Massen stützt, verdankt die Bourgeoisie ihre ökonomische und politische Konsolidierung. Die verräterische Politik der Kollaboration mit dem kapitalistischen Klassenfeind der Arbeiterklasse konnte (wie nach 1918) kein anderes Resultat haben als die Stärkung der Bourgeoisie. Ihr, der SP, verdankt andererseits die Arbeiterklasse ihre heutige Elendslage. (Den Anteil der Stalinpartei an diesem Verratstreiben behandeln wir im nächsten Abschnitt).

57. Allen Rauboffensiven der Bourgeoisie hat die SP willig den Weg geöffnet. Worauf sie sich beschränkte, waren bestenfalls Herabmilderungen des Raubes, der aber Raub blieb, waren Verzuckerungen der bitteren Pillen, die die Bourgeoisie für die Massen bereit hatte. Unter der Betrugslosung: "Opfer müssen alle bringen", die die SP nach 1945 genau so wie nach 1918 den Massen zurief, hat sie gefördert und geduldet, daß die Bourgeoisie immer neue Lasten auf die Schultern der Massen überwälzte, daß sie die Lage der Massen auf einem beispiellosen Elendsniveau festzuhalten vermochte. Genau und ebenso unvermeidlich wie nach 1918 hat die Politik der SP zum Wiedererstarken der Bourgeoisie geführt.

58. Die SP maskiert ihre Verratspolitik an den Lebensinteressen der Massen mit den "Erfolgen", die sie erreicht habe, den Sozialgesetzen usw. Sie übergibt dabei geflissentlich, den Massen aufzuzeigen, was diesen "Erfolgen" an tatsächlichen Erfolgen der Bourgeoisie gegenübersteht. Sie übergibt ebenso, die wirkliche Lage der Massen aufzuzeigen, die trotz aller dieser "Erfolge" der SP immer tiefer im Elend versinken. Sie "vergißt" aufzuzeigen, daß heute schon diese Gesetze von der Bourgeoisie auf Schritt und Tritt durchbrochen werden und daß dies morgen, unter dem Druck der Arbeitslosigkeit, noch mehr der Fall sein wird, so wie dies die Bourgeoisie bereits vor 1934 praktiziert hat. Die SP ist außerstande zu erkennen, daß die Bourgeoisie auch ohne die verräterische Zusammenarbeit gezwungen gewesen wäre, 1945 zu Konzessionen und Zugeständnissen an die Massen überzugehen, daß sie aber in diesem Falle, unter dem ständigen Druck der Massen stehend, sich nicht ohne weiteres die Sabotage der Reformgesetze herausnehmen könnte.

59. Die Reformen, die die Bourgeoisie nach 1945 unter dem unmittelbaren Druck des Zusammenbruchs zugestehen mußte, waren im Grunde nur der Preis, den sie dafür bezahlte, daß sie ihre ökonomische und politische Macht ohne die Gefahr einer revolutionären Erschütterung wiederherstellen konnte. Dabei ist dieser Preis für die Bourgeoisie gar kein hoher, denn die Kosten aller dieser Reformen und Sozialgesetze bezahlt das Proletariat selbst: die Bourgeoisie wälzt den Teil, den sie zu tragen übernimmt, wieder auf die Massen ab.

60. Die Etappen der Politik der SP seit 1945 waren kurz folgende: Einspannen der Massen in den kapitalistischen Wiederaufbau; dann, als die Lebenslage der Massen immer tiefer hinabsank, Abschluß des ersten Lohn-Preis-Paktes, der Löhne und Preise stoppen sollte, in Wahrheit der Arbeiterklasse den Lohnstop aufzwang; weiter die Politik der Preissenkung, die völlig zusammengebrochen ist; als dann die Unzufriedenheit der Massen einem neuerlichen Höhepunkt zustrebte: Abschluß des zweiten Lohn-Preis-Paktes, wobei die SP über Nacht ihre Taktik wechselte; schließlich Aufrufen zu höherer Produktion ("Mehr produzieren!"); Zusammenbruch dieser Politik heute, wo sich zeigt, daß trotz höherer Produktion die Preise hoch bleiben oder sogar weiter ansteigen. Diese ihre Politik, die der Bourgeoisie nicht den geringsten Widerstand entsetzte und so zur heutigen Elendslage der Massen geführt hat, maskierte die SP einerseits mit einer Unmenge von "Forderungsprogrammen" (für die sie keinen Finger rührte), "Forderungen an die Regierung" (in der sie selbst sitzt), andererseits wandte sie sich mit Zureden an die Bourgeoisie, "Disziplin" zu halten hinsichtlich der Preissteigerungen, was die Bourgeoisie nicht im mindesten abhielt, ihre Profitinteressen wahrzunehmen. Gleichzeitig stimmte die SP von Etappe zu Etappe den Forderungen der Agrarbourgeoisie nach immer höheren Preisen zu, führte sie nicht den geringsten ernstesten Kampf gegen die Durchbrechung der Bewirtschaftung, prangerte sie die unerhörten Raubzüge der Bourgeoisie, die sie nicht im mindesten tatsächlich bekämpfte, höchstens in Parlamentsreden oder in der Presse an.

61. Die Politik der völligen Unterordnung unter die Bourgeoisie führte die SP auch dazu, den Marshall"plan" zu akzeptieren, das heutige Gegenstück der Genfer "Sanierung" in der "ersten Republik". Der Unterordnung unter die eigene Bourgeoisie folgte so unvermeidlich die Unterordnung unter das Diktat der Wall-Street-Imperialisten. Mit dieser ging Hand in Hand das Abrücken der SP von ihrer außenpolitischen Linie der "Dritten Kraft", jener kleinbürgerlich-illusionären Linie, die sich "zwischen den Machtblök-

ken" - "gegen alle Machtblöcke" erklärte. Diese Maskierung der tatsächlichen Unterwerfung der SP unter die außenpolitische Linie der Bourgeoisie, zu einer Zeit erfolgt, da sich der Weltgegensatz Sowjetunion-Imperialismus erst voll herausbildete, wurde im Zeichen des Marshall"planes" fortschreitend ersetzt durch die Linie der fast unverhüllten Stellungnahme für den Imperialismus, gegen die SU, notdürftig maskiert als "Neutralität". Diesen Übergang erleichterte der SP ungemein die verbrecherische Stalinsche Besatzungspolitik, die Demontagen, Beschlagnahmen, der rücksichtslose bürokratische Terror usw. Morgen, wenn es zum offenen Ausbruch des Konfliktes kommen sollte, wird die SP offen die Positionen des Imperialismus verteidigen.

62. Heute zeigt die Politik der SP ihren wahren, opportunistischen Charakter. Die durch den Lohn-Preis-Pakt Nr. 2 erzielte 6%ige Lohnerhöhung wurde durch die folgende Preissteigerung völlig kompensiert. Die steigende Tendenz der Preise hält seither für einzelne Warenkategorien noch im geringeren Maße weiter an. Trotz ansteigender Produktion sinkt der Anteil der Arbeiterklasse am Sozialprodukt, sinkt ihr Relativlohn weiter ab, steigen die Profite der Kartelle und Monopole, die immer mehr hervortreten und den Markt beherrschen. Was den Zusammenbruch der SP-Politik für die Massen so schwer erkennbar macht, was der SP dennoch die Gefolgschaft der Massen sichert, ist einzig das Fehlen einer sichtbaren Kraft, die den Massen konsequent den Weg zur Verfechtung ihrer Lebensinteressen weisen würde. Daß die Stalinpartei diese Kraft nicht ist, das haben die Massen aus eigener Erfahrung mit der Stalinschen Besatzungspolitik längst erkannt. In diesem Sinne besteht für die Massen heute noch eine "ausweglose" Lage, die der SP zugute kommt.

63. Diese Lage sichert der SP vorläufig auch weiterhin, wie gesagt, die Gefolgschaft der Hauptmassen des Proletariats, trotzdem sich die SP-Spitze immer wieder nach rechts bewegt. Das zeigt sich auch darin, daß heute die ministerielle Spitze der SP, die Schärf, Helmer & Co., die Partei praktisch völlig in ihren Händen haben (Teilnahme an den Sitzungen und Stimmrecht der SP-Minister im Parteivorstand der SP, was früher unstatthaft war usw.). Die Partei als gefügiges Instrument der in der kapitalistischen Regierung sitzenden SP-Spitze bedeutet natürlich, daß sie im bestimmten Grade selbst mit dem kapitalistischen Staate verschmolzt, Regierungsinstrument wird. Sie bildet bloß das Piedestal für die tatsächlich mit dem kapitalistischen Staate verschmolzene SP-Spitze.

64. Wie sehr diese Spitze verbürgerlicht ist, zeigt sich darin, daß die SP seit 1945 jeder Massenmobilisierung systematisch aus dem Wege geht, und sei es auch nur, um die Forderungen der SP selbst mit Nachdruck zu vertreten. Diese Tatsache hat der Bourgeoisie in Wahrheit erst ermöglicht, die Massen auf das heutige Klendsniveau hinabzudrücken, den kapitalistischen Wiederaufbau, die kapitalistische Sanierung auf Kosten der breiten Massen durchzuführen. Diese Politik der Beseitigung, Verhinderung jedes, auch nur des geringsten organisierten Widerstandes der Massen gegen die kapitalistische Rauboffensive verfolgte genau so die SP-Spitze der Gewerkschaften. Wo immer das Proletariat zum elementaren Widerstand gegen die kapitalistische Ausplünderung ansetzte, stemmte sich die SP dagegen, spaltete sie die Massen, isolierte sie den kämpfenden Teil der Klasse von ihren übrigen Teilen, unterband sie jede Kampfsolidarität. Über allem, auch über den Lebensinteressen der Massen, stand und steht ihr der "soziale Friede", die "soziale Ruhe", die der Bourgeoisie ermöglichte, sich ökonomisch und politisch wieder aufzurichten, das Proletariat ihr aber praktisch widerstandslos auslieferte.

65. Das unvermeidliche Resultat einer solchen Politik steht heute schon fest und wird immer sichtbarer: es kann kein anderes sein als das der SP-Politik nach 1918, die zur Februarkatastrophe geführt hat. Die Katastrophe kann heute nur noch furchtbarer werden. Die SP-Spitze ist entschlossen, restlos mit der Bourgeoisie zu gehen, auch dann, wenn ihr die kommenden Wahlen die absolute Mehrheit bringen sollten, wovor sich die Scharf, Helmer & Co. sicherlich am meisten fürchten. Die Zeche der SP-Politik zahlen heute die Massen, sie sollen künftig noch mehr zur Ader gelassen werden und werden die Opfer der von der SP neuerlich verschuldeten Katastrophe sein, die unvermeidlich kommt, wenn es bei der SP-Politik bleibt. Alle Trümpfe hat die SP der Bourgeoisie in die Hände gespielt: sie wird von der Bourgeoisie ebenso bedankt werden wie 1934.

66. Die ungeheuerliche Verratspolitik der SP hat in ihren eigenen Reihen oppositionelle Strömungen hervorgerufen, deren bedeutendste die Richtung Scharf ist. Parallel zu dieser laufen bürokratische und halb bürokratische "Oppositionen", die dennoch die größte Aufmerksamkeit verdienen, da sie im bestimmten Grade auch die Widerspiegelung nach links weisender Bewußtseinsverschiebungen in der Arbeiterbasis von SP und Gewerkschaften sind.

67. Der letzte Parteitag der SP (November 1948) erbrachte einen neuerlichen Ruck der Spitzen nach rechts. Der Ausschluß Scharfs nötigte diesmal nicht einmal die SP-Spitze, ein scheinlinkes Manöver aufzuführen: sie stempelte Scharf zum Agenten Moskaus und hofft so, ihm die Sympathien der Arbeiter zu entziehen. So ersparte sie sich ein "linkes" Manöver - dank der Stalinpolitik. Der Ruck nach rechts zeigte sich in der Ausschaltung aller linker Tendenzen verdächtiger Elemente von der Parteiführung. Während sich die Spitze nach rechts bewegt, ist es unzweifelhaft, daß sich die Basis der Partei nach links verschiebt. Ausdruck dieser Tatsache sind zum Teil die oben angeführten Oppositionen in der SP, als auch die, wenn auch vorläufig unorganisierte, wachsende Unzufriedenheit der der SP folgenden Arbeiter, die in den verschiedenen Bewegungen in den Betrieben zutage tritt. Nur dank der Stalinpolitik kann es sich die SP-Spitze heute leisten, auf diese Bewegungen nicht mit einem "links"ruck, sondern mit einem weiteren Abrücken nach rechts zu antworten.

68. Doch ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß der wachsende Druck der Arbeiterbasis und die herannahenden Wahlen eine "linke" Wendung der SP hervorrufen, trotz des Weitergehens der Stalinpolitik. Ferner müssen wir ins Auge fassen, daß die wachsende Kraft der Bourgeoisie auf die SP-Bürokratie zu drücken beginnt und bestrebt ist, deren "Anteil", deren "Mitspracherecht" zu verkleinern. Die jüngste halb"linke" Wendung der SP in der Frage des "Wirtschaftsplanes für Österreich", den die Bourgeoisie, ohne die SP zu befragen, auf ihre Interessen abstimmt, ist eine Widerspiegelung dieser Tatsache. Schließlich kann die wachsende Kraft der verschiedenen Oppositionen die SP-Spitze zu "linken" Manövern veranlassen. Diese werden sich besonders steigern, wenn die Bourgeoisie, etwa im Falle eines Abzuges der Besatzungstruppen, größere Handlungsfreiheit erhalten wird.

#### B) Die Politik der "Kommunistischen" Partei

69. Die "Kommunistische" Partei trat nach Kriegsende, unter der Ägide der in Wien stehenden Roten Armee, in die kapitalistische Regierung im Namen der "demokratischen Zusammenarbeit", der "demokratischen Einigung" ein. Auf dieser Linie der Zusammenarbeit

mit der österreichischen Bourgeoisie hat die Stalinpartei wie die SP die Arbeiterklasse unter der Losung des "Wiederaufbaues" für die kapitalistischen Interessen eingespannt, hat sie durch ihre Losung: "Opfer müssen alle bringen", die sie genau so vertrat wie die SP, der Bourgeoisie in Wahrheit ermöglicht, die gesamten Lasten des Krieges wie der Wiederherstellung des Kapitalismus den Massen aufzuhalsen. Die ersten Wahlen (November 1945) haben jedoch der Stalinpartei einen schweren Schlag versetzt: sie erhielt bloß etwa über 5% der Stimmen (auf die Arbeiterwähler bezogen, bloß etwa 10%). Dieses niederschmetternde Resultat verdankt sie vor allem den Erfahrungen der Massen Ostösterreichs mit den Methoden der Stalinschen Besatzungspolitik.

70. Trotz dieses Beweises ihrer Schwäche verblieb die Stalinpartei weiterhin in der "Konzentrations"-Regierung. Sie half mit, daß sich Schritt für Schritt die Bourgeoisie wieder hinaufarbeitete, sie bremste die Aktion der Massen, wo es ging, ab, oder stellte sich, wo sie dennoch anlief, anonym hinter sie, um einen Druck auf die Bourgeoisie auszuüben. Sie gelangte auf dieser verräterischen Linie schließlich soweit, daß sie Streiks als "Sabotage am Wiederaufbau" bezeichnete. Durch ihre Teilnahme an der kapitalistischen Regierung, durch das Einspannen der Massen für den kapitalistischen "Wiederaufbau", durch ihre Linie der "demokratischen Einigung" hat die Stalinpartei den gleichen historischen Verrat am Proletariat begangen wie die SP. Sie ist damit für das heute offen sichtbar gewordene Wiederaufstehen der Bourgeoisie ebenso verantwortlich wie die SP, die hat wie diese die heutige Elendslage der Massen auf dem Gewissen. Wenn sie heute nicht müde wird, diese Elendslage aufzuzeigen, so zeigt sie nur das unvermeidliche Resultat ihrer eigenen Verratspolitik von 1945 auf.

71. Die offene Verratslinie der "demokratischen Einigung" verließ die Stalinpartei erst, als der Kreaml im Herbst 1947 die Kominformlinie beschritt. Anlässlich der "Währungsreform" trat die Stalinpartei aus der Regierung aus. Seither befindet sie sich in "Opposition" (November 1947), seither hat sie offen Kurs auf die Aufrichtung der "Volksdemokratie" in Österreich genommen.

72. Der Übergang auf die Kominformlinie erbrachte seitens der Stalinpartei ein verstärktes Eintreten für die unmittelbaren Lebensinteressen der Massen. Sie nimmt gegen den Marshall"plan" Stellung und zeigt in ihrer Presse, sowie in ihrer Propaganda die heutige Elendslage der Massen auf. Sie gibt unter Umständen richtige Losungen für den Tageskampf der Arbeiterklasse. Aber ihre offensichtliche Rolle als Werkzeug des Kreaml, ihre kritiklose Billigung der Verbrechen der Stalinschen Besatzungspolitik, ihre Haltung z.B. in der Frage der Rückkehr der Kriegsgefangenen, der Menschenverschleppungen usw. verhindert es, daß sie tatsächlich Vertrauen bei den Massen gewinnt. Dazu tragen noch die Erfahrungen, die die "volksdemokratischen" Regimes in Ungarn und der Tschechoslowakei liefern und die den österreichischen Arbeitern nicht unbekannt bleiben, das ihre bei.

73. Gegen den Marshall"plan" hat die KPÖ einen "Wirtschaftsplan" entwickelt und veröffentlicht, der innerhalb von drei Jahren die österreichische Wirtschaft auf das Niveau von 1937 bringen, sie durch engere Verknüpfung mit dem Osten "krisenfest" machen will. Der ganze Plan beinhaltet bestenfalls eine verstärkte Benützung der Wirtschaft durch den kapitalistischen Staat, wobei einigen besonders parasitären Kapitalistenschichten die Profite beschnitten werden sollen. Er ist also bestenfalls ein "staatskapitalistischer" Plan. Die Grundillusion dabei ist, daß auf kapitalistischer Basis, bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen

Eigentums an den Produktionsmitteln, überhaupt ein wirklicher Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos und Elend für die Massen möglich sei.

74. Den Kampf gegen den Marshall"plan" führt die österreichische Stalinpartei so wie alle anderen in Westeuropa im Namen der "Verteidigung der österreichischen Souveränität", der "Unabhängigkeit Österreichs". Sie kombiniert diese erzopportunistische Linie eines schändlichen Nationalismus, die sie dazu bringt, die kapitalistische Regierung als "Marshall-Regierung", die SP als "Marshall-Partei" zu bezeichnen, mit ultralinken Elementen wie: Ablehnen jedes Einheitsfrontkampfes mit der SP gegen die Bourgeoisie, weil die SP eine "amerikanische" Partei sei; Eintreten für die "Arbeitereinheit", d.h. der Einheit auf der Stalinschen Linie; Gleichstellung einer Regierung Figl-Schärf mit der (eventuell kommenden) Regierung Schärf-Figl usw. Dabei versucht sie, gleichzeitig in allen Farben zu schillern, spricht vom proletarischen Internationalismus, schreibt plötzlich vom kapitalistischen Wiederaufbau, von Kapitalistenklasse, vom Wiedererstarken der Bourgeoisie usw. Alle diese sich widersprechenden Elemente verbindet sie eklektisch, versucht so in allen Sätteln zu sitzen. Diese ungeheuerliche Demagogie wird begleitet von einem ebenso ungeheuerlichen Zynismus, mit dem die Stalinpartei z.B. die noch in der SU zurückgehaltenen Kriegsgefangenen schlankwegs zu "Kriegsverbrechern" erklärt und von ihrer Methode, jeden verbrecherischen Akt der Stalinschen Besetzungspolitik vor den Massen zu verteidigen, von Demokratie zu triefen, gleichzeitig aber die Verschleppungen, Militärgerichte der Sowjetbesatzung zu verteidigen, jede Kritik an diesen Verbrechen als "Sowjethetze" hinzustellen usw.

75. So bietet die Politik der "Kommunistischen" Partei heute folgendes Bild: Anknüpfen an die unmittelbaren Interessen der Massen und Forcierung ihres Kampfes für diese Interessen, um auf die Bourgeoisie einen Druck auszuüben in der Richtung, ihre außenpolitische Linie der der Kremlbürokratie anzugleichen; ultranationale Linie der "Verteidigung" der "Souveränität" Österreichs als "Kampf gegen die Marshallisierung Österreichs"; gleichzeitig ultralinke Linie in der Ablehnung der proletarischen Einheitsfront mit der SP, Zusammenwerfen der SP mit der ÖVP als "amerikanische Partei"; gleichzeitig pazifistisch-reformistische Linie "für den Frieden, Freiheit und Demokratie"; gleichzeitig in Worten Übernahme revolutionärer Losungen wie "proletarischer Internationalismus", die wieder kombiniert werden mit "Patriotismus", "guten Österreichertum" usw. Diese verwirrende Mischung aller Elemente des Opportunismus, etikettiert mit einzelnen, dem revolutionären Programm entlehnten Losungen im Geiste des Kominform stellt sich heute äußerlich als "Linie" der "Kommunistischen" Partei dar und dient ihr in Wahrheit dazu, ihren wahren Charakter als Werkzeug des Kreml vor den Massen zu verschleiern, was ihr aber kaum gelingt. Einerseits verfolgt die Stalinpartei mit dieser zwitterhaften, erzbetrügerischen Linie den Zweck, die Bourgeoisie zu schrecken, sie zur Änderung ihres außenpolitischen Kurses zu bewegen, andererseits soll sie ihr ermöglichen, morgen, im Falle der Aufrichtung der "Volksdemokratie" in Österreich, diese Aktion als eine "revolutionäre" Aktion hinzustellen, weiters soll sie der Stalinpartei, im Falle eines Kompromisses zwischen Weltimperialismus und Sowjetunion, ermöglichen, von der "revolutionären" Linie wieder abzurücken und ihren "österreichischen Patriotismus" hervorzukehren. Es ist die "Linie", die Politik einer durch und durch verfaulten Bürokratie, die zynisch und demagogisch den Klassenkampf des Proletariats ausnützt, um rücksichtslos ihre parasitären Interessen durchzusetzen und zu behaupten.

76. Die ganze Verfaultheit der Stalinbürokratie bewies der letzte Parteitag der KPÖ (November 1948). Er brachte die "Korrektur" der Linie von 1945, den offiziellen Übergang auf die Linie des Koninform. Diese "Korrektur" vollzog - Koplénig, der unfähigste aller Stalinbürokraten, der seit über zwanzig Jahren an der Spitze der KPÖ steht und seither jede Wendung gehorsamst mitgemacht, unzählige "Korrekturen" hinter sich hat - und immer wieder oben ist! "Wir haben zu wenig erkannt...", "Wir haben nicht rechtzeitig erkannt...", "Unsere Aktivisten haben es nicht verstanden..." usw. - in dieser Tonart vollzog sich die "Korrektur" auf dem Parteitag, der die alte Garnitur von Bürokraten mit Koplénig an der Spitze unverändert wieder "wählte".

77. Der Konflikt Tito-Kreml spiegelte sich in der österreichischen Stalinpartei insofern wider, als es zum Ausschluß einiger Häupter der titofreundlichen slowenischen Stalinisten in Kärnten kam. Während die slowenischen Titoanhänger den Nationalismus Titos stützten und die Abtrennung Südkärntens fordern, stellte sich die österreichische Stalinpartei auf den "österreichischen Standpunkt".

78. Was die Realisierung der "volksdemokratischen" Pläne der österreichischen Stalinpartei anbelangt, so ist sie außerstande, sie ohne direkte militärische Hilfe des Kreml durchzuführen. Ihr Masseneinfluß ist verschwindend; er nimmt eher ab als zu, insbesondere auch im Zusammenhang mit den Niederlagen des Stalinismus in Westeuropa. Andererseits hat die Stalinpartei ihre wenigen Positionen, die sie 1945 im kapitalistischen Staatsapparat eingenommen hatte (Innenministerium, Polizei) heute entweder völlig eingebüßt oder nur stark geschwächt behauptet. Bleibt ihr nur der Weg, an die direkte Hilfe durch den Kreml zu appellieren. Berlin ist hier möglicherweise als Experiment und Vorbild anzusehen. Worauf sich die Stalinpartei außerdem noch stützen könnte, sind der in den von Rußland besetzt gehaltenen Betrieben aufgestellte bewaffnete "Werkschutz" und die ebenso bewaffneten "Feuerwehren". In Frage käme außerdem noch eine vom Kreml gestützte Aktion der benachbarten "Volksdemokratien", für welche ein Anlaß unschwer gefunden werden würde, z.B. die Erklärung der österreichischen Regierung für ein "amerikanisches Spionagezentrum", der daraus folgende Bruch mit ihr, mit direkten militärisch-bürokratischem Druck der in Österreich stehenden Sowjetarmee oder der "Volksdemokratien" Ungarns und der Tschechoslowakei verbunden. Doch wird eine solche Aktion seitens der Imperialisten nicht ohne Widerstand hingenommen werden und ihren Gegensatz zur SU neuerlich verschärfen, wenn nicht zum vollen Bruch treiben, wie wir bereits oben ausführten. Eine solche Aktion würde in Österreich selbst auf die entschiedene Ablehnung der Hauptmasse des Proletariats stoßen und ihr so im Falle des Gelingens von vornherein nur ein schwaches Fundament in den Massen geben.

79. In der Richtung einer "volksdemokratischen" Aktion weist die auf dem letzten Parteitag der KPÖ beschlossene "Festigung der Kader" der Partei, d.h. deren noch vollständigere Unterordnung unter das bürokratische Kommando. Ein weiteres Anzeichen war das völlige Übergehen der Frage der Neuwahlen auf diesem Parteitag, was im schreienden Gegensatz zu der vor mehr als einem Jahr gestarteten Offensive gerade in dieser Frage stand. Ebenso weist die letzte Aktion des Kreml (siehe Punkt 40) in dieser Richtung. Sie könnte zum ersten Schritt gegen die österreichische Regierung selbst ausgedehnt werden. Es ist sicher anzunehmen, daß der Kreml die Richtung seiner Aktion in Österreich noch nicht endgültig festgelegt hat und daß es vor allem die Schwäche der österreichischen Stalinpartei ist, die ihm hindernd im Wege steht. Aber an dieser



Schwäche wird sich, wie die Erfahrung zeigen wird, nichts ändern. Sie wird durch die Stalinsche Besatzungspolitik noch Tag für Tag aufs neue vergrößert. Gerade diese schändliche Politik ist es, die, ergänzt von der ebenso schändlichen wie verräterischen Politik der österreichischen Stalinpartei, die Arbeiterklasse in die Arme der SP treibt und so letzten Endes die Bourgeoisie stärkt, dem Weltimperialismus hilft, sich Österreichs als Vorfeldposition gegen die Sowjetunion zu bedienen.

80. Die jeweilige "Linie", Politik der Stalinpartei wird bestimmt von den Interessen der Kremlbürokratie, deren Agentur sie ist. Sollte sich ein Kompromiß zwischen Weltimperialismus und dem Kreml ergeben (was durchaus möglich ist und vor allem der desolaten Lage beider entspringen würde) und der Kreml die "linke" Kominformpolitik fallen lassen, auf die neoreformistische Linie zurückzupendeln, so würde das dem Zersetzungsprozeß innerhalb der Stalinparteien einen neuen und kräftigen Anstoß geben. Vor allem würde es die besten, revolutionär gestimmten Arbeiterelemente, die in bestimmten Grade die scheinlinke Kominformpolitik noch bei der Stalinpartei hält, endgültig vom verräterischen Charakter des Stalinismus überzeugen.

## VI. Die Klassenkampfsituation in Österreich und ihre Perspektiven

81. Während in den westeuropäischen Ländern sowie in den Kolonien mit Kriegsende der Klassenkampf einen grandiosen Aufschwung nahm, muß er sich in Österreich, ähnlich wie in Deutschland, erst langsam den Weg bahnen. Einerseits waren die Massen durch den Faschismus atomisiert worden, zu einem initiativen Handeln seit mehr als einem Jahrzehnt überhaupt außerstande gewesen, hatten sie durch die Mordoffensiven des Faschismus sowie durch den imperialistischen Krieg fürchterliche Verluste gerade an ihren aktivsten und entschlossensten Elementen erlitten. Andererseits unterband die sofort einsetzende Unterdrückungspolitik der Besatzungsmächte jeden entschiedenen Ansatz zur Entfaltung des Klassenkampfes, der sich trotz der ungeheuren Schwächung der Massen zeigte. Auch die furchtbare Not, die jeden Einzelnen um die nackte Existenz ringen ließ, wirkte schwächend. Alle diese Momente waren für die Entfaltung des Klassenkampfes in Österreich geltend. Während aber z.B. das westdeutsche Proletariat jüngst in grandiosen Streikbewegungen seinen Klassenwiderstand gegen die Politik der Verelendung demonstrierte, fehlt bis heute ein solcher entschiedener Ausdruck des Klassenkampfes in Österreich fast völlig.

82. Das erste und mächtigste Hindernis für die Wiederentfaltung des proletarischen Klassenkampfes in Österreich war die mit dem Kriegsverlauf erfolgte Besetzung durch die Rote Armee. Ihre Verbrechen an den Massen wirkten wie lähmend auf jede freie Initiative. Wo diese hervortrat, stieß sie auf den Widerstand der Stalinbürokratie. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Ländern, wo die sowjetische Besetzung dem Klassenkampf in bestimmten Grenzen einen Anstoß gab, lähmte sie in Österreich jede Bewegung der Massen, unterließ sie jede Maßnahme hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse. Sie holte im Gegenteil die verschüchterte Bourgeoisie ans Tageslicht und setzte sie mit dem ebenfalls von der Sowjetbesatzung hervorgeholten rechten Flügel der SP (Fenners Betrug) in die kapitalistische Regierung.

83. Zum Stalinschen Besatzungsdruck mit all den unerhörten Verbrechen gegen die Massen (Vergewaltigungen, Plünderungen etc.) als mächtigstes Hindernis für eine tatkräftige Entfaltung des Klassenkampfes gesellte sich vom Beginn an die narkotisierende Wirkung der Politik der beiden "Arbeiter"parteien, von SP und KP, die sich

rasch mit der Bourgeoisie zusammenfanden und in die kapitalistische Regierung unter Renner eintraten. Die Verratspolitik der "Demokratischen Einigung", der "Konzentration" mit der Bourgeoisie begann sofort, die Massen in die Bahnen der bürgerlichen Legalität zu lenken und ihrer freien Initiative den Weg zu verlegen.

84. Diese erste Etappe des Klassenkampfes nach Kriegsende fand ihren Hauptausdruck in dem Hineinströmen der politisch interessierten Massenteile in die beiden "Arbeiter"parteien SP und KP, sowie in ihrem Zustrom zu den Gewerkschaften. Dieser Drang nach Organisation war vielleicht das bezeichnendste Merkmal dieser Etappe.

85. Die Wahlen im Herbst 1945 erbrachten einen knappen Sieg der Bourgeoisie, die sich hauptsächlich auf die westlichen Provinzen stützte. SP und KP erreichten zusammen einen hohen Prozentsatz an Stimmen (50,1%) und sammelten so fast die gesamten Arbeiterwähler um sich. Die KP erhielt durch ihre relativ kleine Stimmenzahl die Antwort der Massen auf die Politik der Sowjetbesatzung einerseits, auf ihre eigene Politik der "demokratischen Einigung" andererseits.

86. Die von SP und KP eingeschlagene Politik des kapitalistischen Wiederaufbaues unterband in dessen Namen von nun an jede ernste Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes. Der überlegene Einfluß der SP auf die Hauptmasse des Proletariats begann sich als lähmend auszuwirken. Die Versuche der Stalinpartei, trotz ihrer Beteiligung an der kapitalistischen Regierung, in bestimmten Grade dem Tageskampf der Massen einen Auftrieb zu geben, vor allem, um auf die Bourgeoisie einen Druck hinsichtlich ihrer außenpolitischen Orientierung zu Moskau hin auszuüben, wurde von den Massen als Demagogie empfunden und abgelehnt, dies umso mehr, als die KP vor einer wirklichen Mobilisierung der Massen auswich und sich bestenfalls anonym hinter aufkeimende Massenbewegungen stellte. Diese Politik der Heuchelei und der Anonymität widerte die Massen an und verstärkte nur noch den Einfluß der SP, d.h. die Lähmung der Massen.

87. Trotz dieser Lage kam es dennoch zu elementaren Bewegungen, besonders im Jahre 1946, in dem sich die Leiden der Massen, ihr Hunger ins Unerträgliche steigerten. Diese Bewegung führte zu verschiedenen Streiks, die wegen der geringen Lebensmittelzuteilungen ausbrachen. Ihr Höhepunkt war der Straßenbahnerstreik in Wien (Juni 1946). Alle diese Bewegungen verliefen aber zusammenhanglos und die Gewerkschaftsbürokratie, in der die SP dominiert, konnte sie ohne große Schwierigkeiten zersplittern und versiegen lassen. Erfolg dieser Kämpfe waren geringfügige Verbesserungen in der Lebensmittelzuteilung. Die Losungen, unter welchen die SP den Bewegungen in den Betrieben entgegentrat, waren die der "Störung des Wiederaufbaues", "Streiks schaffen keine Lebensmittel" usw. Auch die Stalinpartei half in dieser Etappe mit, wenn auch hinter den Kulissen, die Bewegung abzubremsen, wenn sie, ohne sich öffentlich festzulegen, Streiks als "Sabotage am Wiederaufbau" bezeichnete.

88. Die ständig absinkende Lebenshaltung der Massen, deren Reallohn immer tiefer sank, führte seit Beginn des Jahres 1947 zu immer größerer Unzufriedenheit des Proletariats. Eine Welle von Preissteigerungen setzte ein, die den Reallohn immer tiefer drückte. Spontane Streiks brachen aus. Diesem Druck wich die Regierung unter Mitwirkung vor allem der SP durch den Lohn-Preis-Pakt (August 1947) aus, dessen Auswirkung wir bereits darlegten. Anlässlich dieses "Paktes" zeigte sich in der Koalition der erste Riß: die Stalinpartei sprach sich gegen ihn aus, ohne in der Regierung dagegen zu stimmen.

89. Eine neue Etappe des Klassenkampfes wurde schließlich durch die Kominform-"Wendung" und durch den mit ihr in Zusammenhang stehenden Austritt der Stalinpartei aus der Regierung eingeleitet. Der Beschluß über die Durchführung der "Währungsreform" (November 1947) führte zu spontanen Bewegungen in verschiedenen Betrieben und zu einer tiefgehenden Massenunzufriedenheit. ("Arbeiter-Zeitung" vom 2.12.47: "Wir haben jetzt zwei Wochen hinter uns, die zu den aufgeregtesten der zweieinhalb Jahre unserer jungen Republik gehören"). Der Austritt der Stalinpartei aus der kapitalistischen Regierung erfolgte im Sinne der Kominformbeschlüsse und brachte ihren Übergang in die "Opposition". Dennoch ist - trotzdem sich die Stalinpartei seither der unmittelbaren Interessen der Massen annimmt - ihr Einfluß nicht gestiegen, vor allem dank der Auswirkungen der Stalinschen Besatzungspolitik, der Ereignisse in Berlin usw.

90. Den Boden für die Bewegungen der Massen bildeten bis zu dieser Periode in erster Linie die Betriebe. Die Gewerkschaftsbürokratie, geführt von der SP, sicherte sich ihre Stellung trotz aller ihrer Verrätereien nur dank der verbrecherischen Politik des Stalinismus, dessen Zynismus und Demagogie die Massen immer wieder abstieß und in die Hände der SP-Bürokratie trieb. Die Betriebsräte-wahlen vom Herbst 1947 sicherten der SP an drei Viertel aller Betriebsratssitze.

91. Die neueste Etappe des Klassenkampfes ist seitens des Proletariats gekennzeichnet durch das offene Hervortreten oppositioneller Tendenzen innerhalb der SP. Bereits auf dem Parteitag 1947 trat ihr Zentralsekretär Scharf mit einer Resolution hervor, die von 44 Delegierten unterzeichnet wurde und den verschärften Kampf gegen die Bourgeoisie, ihre Partei, die ÖVP verlangte. In ähnlichem Sinne trat die SJ und die Sozialistische Studentenschaft auf. Die Wurzel aller dieser Oppositionen lag in der andauernden Politik des Zurückweichens der SP-Spitze vor den Forderungen der ÖVP, die zu immer neuen Aderlassen an den Massen führten. Sämtliche Oppositionen sind in ihrer Grundhaltung inkonsequent, da sie die Frage der Kollaboration mit der Bourgeoisie nur zögernd anschnitten oder auf halbem Wege stehen blieben.

92. Seither hat sich besonders die Scharf-Opposition weiterentwickelt. Nachdem Scharf im Frühjahr 1948 durch Herausgabe einer eigenen Zeitschrift versucht hatte, sich einen Kreis zu schaffen, was die SP-Führung mit disziplinarischen Maßnahmen gegen ihn beantwortete (Redeverbot), trat er knapp vor dem Parteitag 1948 mit seiner Broschüre "Ich darf nicht schweigen" hervor, die außerordentlich schwere Angriffe gegen die Parteiführung enthält. Diese antwortete mit dem Ausschluß Scharfs aus der SP, den der Parteitag bestätigte.

93. Die politische Linie, auf der Scharf gegen die Schärf, Helmer & Co. opponierte, ist eine durchaus linksreformistische. Seine Ablehnung der Klassenzusammenarbeit ist nur bedingt und reproduziert eigentlich den Standpunkt des Linzer Programms der SP (Koalition mit der Bourgeoisie nur "Episode im Klassenkampf"). Scharfs Abgrenzung vom Stalinismus ist bisher durchaus unzulänglich: er vertritt z.B. die Losung "Arbeitereinheit" ganz in stalinistischer Weise. Hinsichtlich Sowjetrußlands steht er auf dem Standpunkte "strikter Neutralität". Hinsichtlich der "Volksdemokratie" spricht er nur von der "Möglichkeit", daß "das österreichische Proletariat einen anderen Weg wird gehen können". Diese Positionen sind es, die den Schärf und Helmer erleichterten, Scharf als "Agenten Moskaus", als "österreichischen Fierlinger" zu diskreditieren. Von ihrer Liquidierung hängt im wesentlichen der weitere Weg der Scharf-Opposition ab. Ob Scharf tatsächlich als bewußter Agent des Kreml handelt, wird erst die weitere Ent-

wicklung eindeutig zeigen. Zweifellos ist aber, daß seine Bewegung in breiterem Maße in der sozialistischen Arbeiterschaft Fuß zu fassen beginnt.+) )

94. Gegenüber der Opposition Scharfs treten die beiden anderen Oppositionen zurück. Die SJ-Opposition bezieht im wesentlichen ebenfalls einen linksreformistischen Standpunkt in der Grundfrage der Koalition. Sie erklärt sich gleichzeitig gegen jede auch nur geringste Zusammenarbeit mit der Stalinpartei. Die Sozialistischen Studenten, die durch ihre aktive Unterstützung des Schuharbeiterstreiks (April 1948) den anderen Oppositionen voran waren, machen derzeit eine Entwicklung durch, die durch das Auftreten Scharfs beeinflusst wird. Sie neigen im Gegensatz zu Scharf jedoch zur Ablehnung sowohl des Reformismus wie des Stalinismus. Während es bei Scharf sowie bei der SJ-Opposition durchaus möglich ist, daß es sich, was die Spitzen anbelangt, um bürokratische oder halb bürokratische Oppositionen handelt, ist dies bei den Studenten kaum der Fall: sie sind im Parteiapparat keineswegs verankert und suchen sich von ihm unabhängig zu erhalten.

95. Das aktivere Auftreten aller genannten oppositionellen Tendenzen und Gruppierungen ist erst seit dem Parteitag 1947 Tatsache. Ihre Ausprägung selbst fällt in das Jahr 1948. Sie stehen also alle am Beginn ihrer Entwicklung. Scharfs Ausschluß und sein öffentliches Hervortreten in Versammlungen und mit einem Blatte leitet zweifellos eine neue Etappe ein, die auf die weitere Entwicklung der anderen Oppositionen nicht ohne Einfluß bleiben wird. Das aktivere Auftreten der genannten Gruppen fällt zusammen mit einer Etappe verschärfter Raubangriffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, das die SP-Spitze wehrlos an die Bourgeoisie ausliefert. Sie sind also im bestimmten Grade der Widerschein tieferer Prozesse in den Massen selbst, deren noch unvollkommener Ausdruck.

96. Diese Prozesse in den Massen, deren wachsende Unzufriedenheit spiegelt insbesondere die neuerdings ausgeprägtere Opposition in der bürokratischen Gewerkschaftsspitze (SP) selbst wider. Die sich um Mantler, Hillegeist gruppierende bürokratische-oppositionelle Spitze in den Gewerkschaften fürchtet, daß sich ihre Position durch die im Zusammenhang mit der Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes auch in Österreich zweifellos geplante Spaltung der Gewerkschaften schwächen wird. Andererseits sind die Mantler & Co. viel unmittelbarer dem Druck der in den Betrieben stehenden Arbeiter ausgesetzt, die sie seit mehr als drei Jahren immer tiefer hinabgeführt haben und deren Widerstand gegen neuerliche Verschlechterungen ihrer Lage heute gewachsen ist. Der Schuharbeiterstreik (Frühjahr 1948) hat deutlich gezeigt, daß selbst ein durch die Spaltungstaktik der Gewerkschaftsspitzen isolierter Teil des Proletariats eine außerordentliche Zähigkeit im Kampfe für seine unmittelbaren Interessen entwickelt. Diese Tatsache hat zweifellos dazu beigetragen, innerhalb der Gewerkschaftsspitze Differenzierungen zu erzeugen. Andererseits geraten die bürokratischen Gewerkschaftsspitzen, ihr "linker" Flügel zumindest, in einen steigenden Gegensatz zu den Schärf, Helmer & Co., da sie deren absolute Sabotage auch nur des geringsten außerparlamentarischen Kampfes auf die Dauer mit einer Schwächung ihrer Position innerhalb der Gewerkschaften bezahlen würden. Was die Mantler & Co. befürchten, ist, daß ihnen die Arbeiterbasis davonläuft, wenn sie nicht wenigstens zu Scheinaktionen greifen, um sie zu ködern.

-----  
+) Der proletarische Charakter der Politik Scharfs ("Neuer Vorwärts") ist seither viel klarer hervorgetreten. Das bewirkt bereits ein zunehmendes Abflauen der Sympathien, die er bisher in breiten Kreisen der SP-Arbeiter besaß. - Die Red., 9.3.49

97. Die heute vorliegende Klassenkampfetappe ist somit charakterisiert: - a) durch das seit 1945 zuungunsten des Proletariats verschlechterte Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, für das SP und Stalinpartei die Schuld tragen; - b) durch die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterbasis der SP, deren Ausdruck zum Teil die verschiedenen SR-Oppositionen sind; - c) durch die Stagnation der Stalinpartei, wenn nicht Schwächung ihrer Position in den Massen überhaupt; - d) durch die grundlegende Tatsache, daß das Proletariat seit 1945 noch keine offene Niederlage erlitten hat, daß es vielmehr, gelähmt durch die Politik der SP und abgestoßen von der Stalinpolitik, sein ständiges Zurückdrängen durch die Bourgeoisie kaum noch mit ernstem Kampf in breiterem Ausmaß beantwortet hat; - e) durch die Tatsache, daß keine in die Massen wirkende revolutionäre Führung vorhanden ist.

98. Die Bourgeoisie wird in der kommenden Etappe ihre Raubattacken gegen die Massen unvermeidlich neuerlich vortreiben, wird versuchen, ihre latente Krise immer wieder auf Kosten der Massen zu lösen. Sie wird ihre machtpolitischen Positionen ausbauen, neue Vorstöße zur Unterhöhlung der demokratischen Rechte usw. unternehmen. Dies wird unweigerlich eine weitere Zuspitzung der Klassengegensätze mit sich bringen und voraussichtlich die Bahn zu offenen Klassenkämpfen eröffnen; zu Klassenkämpfen, die es den Massen ermöglichen werden, alle bestehenden und noch entstehenden oppositionellen Tendenzen, Strömungen und Gruppierungen in der SP, der die großen Massen noch immer ihr Vertrauen zuwenden, an Hand der Erfahrung zu überprüfen. Die Entfaltung offener Klassenkämpfe wird besonders dann Tatsache werden, wenn die Besetzung des Landes ihr Ende finden wird.

99. Die Zuspitzung der Klassenkämpfe wird ihren besonderen, wenn auch nicht entscheidenden Ausdruck anlässlich der kommenden Neuwahlen zum Parlament finden. Die Wahlkampagne wird eine Belebung aller politischen Gegensätze bringen, die politische Situation selbst wird durch das Wahlresultat in hohem Grade beeinflusst werden. Die SP kann bei diesen Wahlen die absolute Mehrheit erringen. Dies wäre für die weitere politische Entwicklung, für die Entwicklung des Bewußtseins der Massen, besonders ihrer vorgeschritteneren Teile, von größter Bedeutung.

100. Die Eroberung der Mehrheit durch die SP wird sofort die Frage nach der Alleinregierung der SP aufwerfen. Der rechte Flügel ist fest entschlossen, die Koalition mit der Bourgeoisie unverändert aufrechtzuerhalten, höchstens die Umbesetzung von Ministerien zu riskieren. Dieser Kurs der Parteispitze wird innerhalb der SP auf Widerstand stoßen, die bestehenden Oppositionen verstärken, neue erzeugen. Die Scharf-Opposition im besonderen wird zu einer klaren Entscheidung schon anlässlich der Wahlen gezwungen sein: tritt sie für die SP auf, wofür vieles spricht, dann wird das unfehlbar zum Zerwürfnis mit der Stalinpartei führen, die sich gerade hinsichtlich der kommenden Wahlen sicherlich Hilfe seitens der Scharf-Opposition erwartet. Es ist wahrscheinlich, daß eine solche Entscheidung der Scharf-Opposition innerhalb ihrer eigenen Reihen zu einer Differenzierung führen wird und die Abspaltung des offen-prostalinistischen Flügels beschleunigen wird. Alle anderen Oppositionen werden im Falle der Aufrechterhaltung der Koalition trotz Eroberung der Mehrheit vorwärtsgetrieben und einem gründlichen Klärungsprozeß unterworfen werden. Aber alle diese oppositionellen Prozesse werden nichts anderes sein als die Widerspiegelung der tieferen Prozesse in der Arbeiterbasis der SP, ihres wachsenden Widerstandes gegen die Politik der ständigen Auslieferung des Proletariats an die Bourgeoisie. Dieser grundlegende Prozeß, entspringend dem Widerspruch zwischen den Interessen der

Massen und der Politik der SP, wird sich in der kommenden Klassenkampfetappe noch verstärken. Er wird vorerst alle derzeitigen Oppositionen einer scharfen Prüfung unterwerfen, ihre Differenzierung beschleunigen und schließlich den Boden für das Entstehen einer tatsächlich revolutionären Tendenz bereiten.

101. Sollte die SP jedoch nicht die Mehrheit erobern, so wird auch dieses Resultat zu einer Verschärfung des innerparteilichen Kampfes führen, da für diese Niederlage unvermeidlich die Politik der Schärf, Helmer & Co. verantwortlich gemacht werden würde. Auch diese Variante wird also die oppositionellen Prozesse in der SP verstärken.

102. Ergreift aber (was kaum anzunehmen ist) die SP die "Alleinregierung", so wird das eine für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in Österreich entscheidende Bedeutung haben. Eine solche Regierung wird von den Massen, deren Illusionen einen Gipfelpunkt erreichen werden, als eine Regierung der Massen im Interesse der Massen angesehen werden. Sie werden von ihr eine rasche Verbesserung ihrer Lage erwarten. Die unvermeidliche Desillusionierung der Massen wird erst recht den Boden für eine revolutionäre Gruppierung auflockern. Dies wird umso eher der Fall sein, als eine solche "Alleinregierung" der SP unzweifelhaft auf den Widerstand der Bourgeoisie stießen, was eine akute Verschärfung der Klassen-gegensätze herbeiführen kann.

103. In allen angeführten Fällen würde zwar die Stalinpartei in Oppositionsstellung verharren, dabei aber kaum ihre Position in den Massen verbessern können. Die Wurzeln haben wir oben klar-gelegt: die abstoßende Wirkung der Stalinpolitik auf die Massen, verstärkt noch durch die Stalinsche Besatzungspolitik. Schon eine bei den Wahlen sichtbar werdende Stagnation würde ihre Chancen für ein Ausnutzen der oppositionellen Tendenzen in der SP stark herabmindern. Erst recht eine durchaus nicht ausgeschlossene Wahl-niederlage. Es ist aber möglich, daß gerade, um eine solche zu vermeiden, die neu aufgenommenen "Staatsvertrags"verhandlungen seitens des Kreml benützt werden, um durch den Abschluß des "Staatsvertrages" die Position der Stalinpartei zu verbessern.

104. So werden, falls es zu Wahlen kommt, die Wahl selbst und ihr Resultat zu wichtigen Elementen der Klassenkampf-situation werden. Obwohl parlamentarische Wahlen nur ein Barometer für die Stimmung der Massen, das Flut und Ebbe anzeigt, sind, werden die Wahl, die mit ihr einhergehende politische Belebung und das Wahlresultat selbst neue Anstöße für die Entwicklung der Prozesse in den Massen, ihren bewußteren Teilen und so für die weitere Ent-wicklung des Klassenkampfes liefern.

105. Die Klassenkampf-front in Österreich ist nur Teil, Abschnitt der proletarischen Weltfront. Nur vom internationalen Stand-punkt aus können die Lage in Österreich und ihre Perspektiven tatsächlich richtig eingeschätzt werden. Die Analyse der inter-nationalen Lage und ihrer Entwicklung, wie sie der zweite Welt-kongreß der IV. Internationale gegeben hat, bilden die Grundlage der vorliegenden Resolution. Seit dem Weltkongreß (April 1948) hat sich die internationale Lage im allgemeinen so, wie es seine Beschlüsse vorausgesehen haben, entwickelt. Die Weltbourgeoisie ist noch weit davon entfernt, trotz aller Bemühungen, ein auch nur relatives Gleichgewicht wiederhergestellt zu haben. Die jüngsten Ereignisse in China, der neue Raubkrieg des holländischen Imperialismus gegen Indonesien, der Krieg im Nahen Osten zeigen, daß das mühsam erreichte Gleichgewicht immer wieder durch den Ausbruch neuer Konflikte zerstört wird. Der Stalinismus, der in Asien zu triumphieren scheint, erleidet in Europa ernste Nieder-

lagen, die er durch ein verstärktes Vortreiben seiner bürokratischen Aktionen wettzumachen sucht. Sein Ansehen bei den Massen Europas ist zweifellos im Abnehmen begriffen. Weltimperialismus und Stalinismus gehen neuen schweren Krisen entgegen; der Reformismus fault offen dahin. Es ist durchaus nicht sicher, ob sich die neue ökonomische Weltkrise nicht trotz potenziierter imperialistischer Aufrüstung rascher den Weg bahnen wird. Zu neun Zehntel ist dies die letzte Hoffnung der Kremlobükratie. In dieser Weltlage, die trotz Zuspitzung des Gegensatzes Weltimperialismus-Sowjetunion, trotz aller Kriegsdrohung immer noch revolutionäre Möglichkeiten in sich birgt, ist die Lage in Österreich und ihre Entwicklung sicherlich ein Faktor untergeordneten Ranges. Dennoch ist auch in Österreich, dem Lande, wo sich der Gegensatz Weltimperialismus-Sowjetunion ganz scharf äußert, wo die vierfache Besetzung auf das Proletariat und die Entfaltung seines Klassenkampfes ungehauer hemmend wirken, jeder Schritt des Proletariats nach vorwärts von Bedeutung für die Entwicklung der internationalen Klassenkampfsituation. Österreich ist nach wie vor ein äußerst empfindlicher Punkt der Weltlage. Ereignisse und Entscheidungen, die auf seinem Boden fallen, haben daher von vornherein in bestimmten Grade internationale Bedeutung.

106. Wir sagten oben (104): wenn es zu Wahlen kommt. Zwei Ereignisse könnten sie verhindern, aber auch den Gesamtverlauf der Klassenkämpfe weitgehend verändern: der Ausbruch des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion und eine "volksdemokratische" Aktion des Kremls in Österreich. Die erstgenannte Perspektive, latent die ganze Weltlage bestimmend, ist heute noch unmittelbar herangereift. Sie abzuwenden, ist durch die Entfaltung des internationalen Klassenkampfes noch durchaus möglich. Eine "volksdemokratische" Aktion des Kremls in Österreich würde jedoch nicht nur auf den Widerstand der Imperialisten stoßen. Sie würde ebenso die entschiedene Ablehnung bei breiten Schichten der Massen finden, worauf wir bereits oben hingewiesen. Während die österreichische Bourgeoisie sich dabei auf die Hilfe der Imperialisten verläßt, will die SP vor allem den kapitalistischen Staatsapparat in Bewegung setzen. Alle diese Rechnungen kann einzig die Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes durchkreuzen. Nur dieser, im internationalistischen Geiste geführt, ausgerichtet auf den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, auf die Errichtung der proletarischen Diktatur, frei von jeder bürokratischen Bevormundung, auf die Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Rätestaaten Europas, ist der einzig realistische Weg, der das Proletariat aus kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung, von der Besetzung des Landes, von drohender Gefahr des Krieges und einer neuen faschistischen Diktatur befreit. Dieser Weg ist zugleich der einzige, der imstande ist, die Errichtung der stalinistischen "Volksdemokratie" zu verhindern, ohne die Bourgeoisie und den Weltimperialismus zu stärken: denn nichts ist für die Stalinbürokratie gefährlicher als die freie Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats, der die Masseninitiative weckt, fördert und so den Kreml hindert, sich auf dem Rücken der Massen emporzuschwingen. Die Arbeiterklasse, die Massen sind unter Umständen, diesen revolutionären Weg allein, ohne revolutionäre Führung zu beschreiten. Ja, unter den günstigsten Bedingungen können sie sogar Siege erringen. Aber ihre Erfolge behaupten und ausbauen können sie nur unter der Führung einer revolutionären Klassenpartei. Deshalb ist der Weg des revolutionären Klassenkampfes nur möglich, wenn er gleichzeitig der Weg zur neuen revolutionären Partei wird, die nur eine Partei der IV. Internationale sein kann und deren Keimform in Österreich die IKÖ sind. Für die Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes und für den Aufbau seiner Klassenpartei besteht für das österreichische Proletariat, trotz aller Stärkung der Bourgeoisie seit 1945, noch alle Chancen.

-----

DER WEG ZUR PROLETARISCHEN KLASSENPARTEI  
=====

(Resolution der zweiten Konferenz der IKÖ Mitte Februar 1949)

1. Der Sieg des Weltproletariats über die Weltbourgeoisie ist unter den heutigen Bedingungen des verfaulenden Kapitalismus zum Problem der Führung des Proletariats geworden. Ob der raubgierige Imperialismus die Menschheit in ein drittes Weltgemetzel stürzen, ob die Arbeiterklasse von SP und Stalinpartei in eine neue Serie von Katastrophen hineingeführt wird, ob es gelingt, die Errungenschaften des Oktobers den Klauen der Kremliclique zu entreißen - all' das hängt letzten Endes davon ab, in welchem Maße es der IV. Internationale gelingt, ihre Sektionen zu Parteien auszubauen, die die Massen zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie führen werden.
2. Die Trotzkiisten haben 1934 den Kampf um eine neue Internationale, um neue Klassenparteien unter vollständig anderen Bedingungen aufgenommen, als die III. Internationale 1919 unter Lenin. Am Beginn der III. Internationale stand der größte Sieg der Weltarbeiterklasse, die Errichtung der revolutionären Diktatur des Proletariats in Rußland. Der Beginn der IV. Internationale fiel zusammen mit der größten Niederlage, der Katastrophe in Deutschland. Bei der Gründungskonferenz 1938 stand der zweite imperialistische Weltkrieg Pate. Die III. Internationale begann unter Führung der bolschewistischen Partei Rußlands, die sich durch ihren Sieg im Oktober das Vertrauen großer Teile der Weltarbeiterklasse errungen hatte. In den ersten Jahren der III. Internationale haben sich starke Fraktionen von der SP abgespalten und kommunistische Parteien gebildet, ja es sind ganze Parteien von der II. in die III. Internationale übergetreten. Die III. Internationale konnte sich sofort als Hauptaufgabe die Gewinnung der Massen stellen. Anders bei der IV. Internationale. Sie begann mit wenigen Kadern, Gruppen, kleinen Organisationen.
3. Die IV. Internationale und ihre Sektionen haben das zweite imperialistische Weltgemetzel überstanden, wenn auch aus tausend Wunden blutend. Ihr schwerster Verlust war, daß sie ihres Führers, Leo Trotzki, beraubt worden war. Aber nicht nur Trotzki, sondern auch der Großteil der führenden Kader ging während des Krieges zugrunde, starb in den KZ-Lagern, fiel im Kampfe gegen Imperialismus und Konterrevolution. Ein Teil wurde von Kain-Stalin ermordet und andere wurden durch die lange Dauer des Kampfes müde oder verfielen dem Opportunismus. Das Proletariat brauchte 1945 dringend eine neue revolutionäre Führung, die nur die IV. Internationale sein konnte. Aber diese mußte ihre erste große Chance ungenützt vorübergehen lassen. Sie war zu schwach. Es fehlte vor allem an einsatzbereiten, geschulten Kadern. Es fehlte vor allem an Kadern, die zur Führung befähigt gewesen wären. Viele junge, ehrliche, revolutionäre Elemente waren an Stelle der ausgefallenen erfahrenen Kader in die Reihen der trotzkistischen Kämpfer getreten. Aber sie konnten nicht in so kurzer Zeit zu revolutionären Führern der proletarischen Klassenorganisation werden. Sie, die die zur IV. Internationale stoßenden Arbeiter erziehen, schulen, führen sollten, bedurften selbst noch der revolutionären Erziehung, Schulung. In vieler Hinsicht mußte von vorne begonnen werden.
4. So wird der Aufbau von Parteien für die IV. Internationale vor allem ein Problem des Aufbaus der Führung. Eine starke, erfahrene und stabile Führung ist die Grundvoraussetzung für den Aufbau einer Partei. Die Erfahrungen der letzten Jahre in einzelnen Sek-



tionen der Internationale, besonders in Frankreich und Italien, widerspiegeln gerade das Gegenteil: die verhältnismäßige Schwäche und Labilität der Führung. Ein wichtiger Faktor bei der Führung einer Partei, genau so wie bei der Führung der Massen durch die Partei, ist Autorität. Diese wichtigste Eigenschaft eines führenden Kadern kommt nicht in den Schoß gefallen, sondern sie muß erarbeitet werden. Nur die Führung, die in vielen Jahren ihrer Tätigkeit beweist, daß sie alle erforderlichen Eigenschaften einer revolutionären Führung, wie Klarheit, Entschlossenheit, Voraussicht, in sich vereinigt, nur die Führung, die wenige Fehler und vor allem keine schweren Fehler macht, nur diese wird Autorität besitzen. Selbstverständlich muß die Autorität von den Mitgliedern freiwillig anerkannt werden und diese schließt auch nicht die notwendige Kritik durch die Parteimitglieder aus. Im Gegenteil, nur eine Führung, die auf demokratischer Autorität beruht, wird sich der Kritik stellen. Auch Stalin und seine Clique besitzen "Autorität", aber diese beruht nicht auf dem demokratischen Willen der Mitglieder der Stalinpartei, sondern in der Anerkennung durch speichelleckende Postenjäger und in der Furcht vor dem NKVD. Alle äußeren Zeichen der Autorität, wie Orden, Uniformen, Lobhudeleien usw., ohne die der Diktator im Kreml nicht existieren könnte, waren den wirklichen Führern des Kommunismus und der Massen, wie Marx, Lenin und Trotzki vollständig fremd. Sie wurden durch ihre revolutionäre Tätigkeit, die sie unter der Kontrolle der Partei und der gesamten Arbeiterklasse ausübten, zur Personifizierung des revolutionären Kommunismus ganzer Epochen.

5. Lenin und Trotzki sind tot. Sie leben zwar durch ihre Werke innerhalb der IV. Internationale weiter, aber als Personen, als Führer sind sie nicht ersetzbar. Solche Erscheinungen, in denen sich geistige Genialität mit Charakterfestigkeit, Fleiß und mutiger Entschlossenheit paart, kommen nur selten vor. Wenn auch Lenin und Trotzki nicht mehr sind, so steht die Führung der IV. Internationale und ihrer Sektionen dennoch vor ebenso schweren Aufgaben, wenn nicht vor schwereren, als diese bewältigt haben. Und diese Aufgaben müssen bewältigt werden. Die Aufgabe für die einzelnen Sektionen der IV. Internationale besteht nicht darin, jetzt um jeden Preis Führer hervorzubringen, die so viel als möglich an Lenin und Trotzki herantreiben, sondern darin, Wege und Methoden zu beschreiten, um die beste Führung an ihrer Spitze zu haben. Der Mangel an erfahrenen Führern muß durch kollektive Arbeit der gesamten Führung ersetzt werden. Bei genügender Quantität an geschulten, erfahrenen, führenden Kadern, müssen diese auch neue Qualitäten hervorbringen: die Führer des Weltsieges der IV. Internationale über den verfaulenden Kapitalismus.

6. Nur diejenigen, die sich berufsmäßig mit Politik beschäftigen, sind den Anforderungen einer revolutionären Führung gewachsen. Unter den heutigen Bedingungen der materiellen Schwäche unserer Organisationen, die sich zum allergrößten Teil weder bezahlte Redakteure, noch Sekretäre leisten können, reduziert sich das Problem darauf, daß sich in erster Linie nur jene Elemente für die führenden Kader eignen, die entschlossen sind und es auch tatsächlich beweisen, daß sie ihren bürgerlichen Beruf nur zum Broterwerb betreiben und ihre Ausbildung in diesem Berufe derjenigen in der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis hintanstellen. Dies gilt insbesondere für Intellektuelle. Intellektuelle, die sich mit beiden Füßen auf den Boden des Proletariats stellen, sind auf Grund ihrer intellektuellen Voraussetzungen, die sie mitbringen, die geeignetsten Führer für die proletarische Klassenpartei. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung wäre undenkbar ohne jene intellektuellen "Deserteure" aus dem bürgerlichen Lager, die die Sache des

Proletariats zu der ihrigen machten, die die glänzendste bürgerliche Karriere aufgaben, um das entbehnungsreiche Leben eines Berufsrevolutionärs zu führen. Aber diese heroischen Führer der Arbeiterklasse sind seltener als Edelmetall. Sie sind heute seltener als in der Frühzeit der Arbeiterbewegung. Die besten Teile der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intelligenz, besonders die Jugend, werfen sich auf ein technisches oder wissenschaftliches Spezialgebiet, in dem Glauben, hier von der Politik unabhängig zu sein, jenseits des Klassenkampfes zu stehen. Der Verrat von SP und Stalinpartei und die Niederlagen der Arbeiterklasse haben die Intellektuellen noch mehr als die Arbeiter demoralisiert. Nur die allerbesten werden die Posten und Pöstchen, die ihnen Stalin- und SP-Bürokratie anbieten, beiseite liegen lassen und den Weg zur IV. Internationale, die ihnen nichts als ein revolutionäres Programm bieten kann, finden. Gefährlich für unsere Bewegung sind jene Intellektuelle, die die Politik so nebenbei, sozusagen zum Zeitvertreib, betreiben. Für diese Elemente war und ist der Trotzismus eine interessante Moderscheinung, an der man irgendwie teilnehmen muß, um ebenfalls zu den interessanten Leuten zu gehören. Sie haben viel dazu beigetragen, daß unsere Bewegung in manchen Sektionen in Diskussionszirkeln zu erstarren drohte. Ohne Verbindung mit dem lebendigen Kampf der Arbeiterklasse haben sie jeden Druck der bürgerlichen "öffentlichen Meinung", der auf ihnen als Angehörige jener Schichten und Klassen, die die "öffentliche Meinung" ausdrücken, lastet, auf unsere Bewegung übertragen. Viele dieser Intellektuellen haben bei der ersten Bewährungsprobe die Reihen der IV. Internationale verlassen, bewegen sich heute in hoffnungslos sektiererischen Zirkeln oder sind im Lager der Bourgeoisie gelandet, nicht ohne Verwirrung und Demoralisation zu hinterlassen.

7. Mehr denn je gilt heute das Marx'sche Wort: "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein". So gilt auch für den Aufbau der neuen Klassenpartei. Wenn auch die Arbeiterbewegung auf die Hilfe von Intellektuellen nicht verzichten kann, so beweisen dennoch alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, daß die Erziehung von fortgeschrittenen Arbeitern zu führenden Elementen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Nur eine ernstlich betriebene Kadenschulung gibt die Gewähr dafür, daß der Führung unserer Organisationen für die immer mehr anwachsenden Aufgaben die geschulten Revolutionäre zur Verfügung stehen. Kadenschulung und Aufgabenstellung stehen für die Organisation in direktem Zusammenhang, je mehr und gründlicher geschulte Kader, desto mehr und größere Aufgaben kann sie sich stellen.

8. Die Kadenschulung darf sich nicht nur auf die Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie beschränken, sie muß auch die praktischen Erfahrungen unseres Kampfes in den Betrieben, in der Fraktionsarbeit usw. verarbeiten. Sie muß auch Anleitung zum methodischen Selbststudium sein. Auf diesem Gebiet haben die Intellektuellen die besten Erfahrungen, sie müssen sie an die Arbeiter weitergeben. Die Intellektuellen dagegen müssen in der praktischen Tätigkeit von den Arbeitern lernen. Nur so wird die Kadenschulung zu einer kollektiven Arbeit werden und befruchtend auf die Entwicklung eines jeden einzelnen Teilnehmers wirken. Die Kadenschulung soll in drei Stufen aufgebaut sein:

a) Die erste Stufe ist die Schulung der Kandidaten in den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, vor allem in den Fragen Klasse, Staat, Partei.

b) Die zweite Stufe beinhaltet die Heranbildung von aktiven Kämpfern. Im Vordergrund soll hier vor allem die Verbindung der revolutionären Theorie mit der revolutionären Praxis stehen. Das Ziel

dieser zweiten Stufe soll die Heranbildung von Revolutionären, die in der Betriebs- und in der Fraktionsarbeit eingesetzt werden können, sein.

c) Die dritte Stufe soll jene Elemente umfassen, die sich in führenden Aufgaben bewährt haben oder sich für führende Funktionen eignen. Aus dieser Stufe soll sich die Führung der Organisation ergänzen und erweitern.

Selbstverständlich läßt sich die Kaderschulung nicht immer in ein starres Schema pressen. Aber die hier vorgeschlagene Dreiteilung soll als Grundsatz dienen. Die Kaderschulung, wenn auch mit noch so bescheidenen Anfängen, konsequent und systematisch in unseren Organisationen betrieben, wird eine stetige quantitative Verbesserung unserer Kader bewirken. Die Kaderschulung soll auf internationaler Basis ihre Fortsetzung finden, wobei gleichzeitig die einzelnen nationalen Erfahrungen ausgetauscht werden müssen.

9. Auf dem zweiten Weltkongreß wurde den einzelnen Sektionen der Internationale der Übergang von Propagandagruppen zu Massenparteien als unmittelbare Aufgabe gestellt. Das bedeutet einen entscheidenden Wendepunkt im Aufbau der Partei. Im vierten Kapitel sagt die Resolution. "Die Weltlage und die Aufgaben der IV. Internationale" dazu: "Die objektiven Bedingungen in bezug auf die Verstärkung unserer Organisationen und ihrer mehr oder minder schnellen Umwandlung in Massenparteien bleiben günstig. Das Haupthindernis, das gegenwärtig diesen Weg versperrt, ist die subjektive Schwäche, die ihre Ursache in der beschränkten Anzahl zum wirk-samen Eingreifen in die Kämpfe befähigter Kader und in den hier und dort auftretenden sektiererischen oder opportunistischen Auffassungen hat". In diesem Absatz wird das Kernproblem der Weiterentwicklung der Organisation der IV. Internationale berührt: Wie kann das Haupthindernis, die subjektive Schwäche überwunden werden? Genauer gesprochen liegt das Haupthindernis nicht bei der subjektiven Schwäche der Kader schlechthin, sondern in erster Linie bei der Schwäche der führenden Kader. Die "beschränkte Anzahl zum wirksamen Eingreifen in die Kämpfe befähigter Kader" widerspiegelt nur die qualitative und quantitative Schwäche der Führung selbst, denn deren Aufgabe wäre es gewesen, die befähigten Kader heranzuziehen. Den Organisationen der IV. Internationale erwachsen daher bis zu einem gewissen Grade kombinierte Aufgaben. Für jene Sektionen, die noch keine Parteien in dem Sinne, daß sie Einfluß auf die Massen haben, sind, besteht die kombinierte Aufgabe darin, daß sie am Klassenkampf teilnehmen und mit unseren Übergangslösungen die Arbeiterbewegung durchdringen, aber diese Tätigkeit nach der Zweckmäßigkeit der Propaganda für unser revolutionäres Programm organisieren. Das heißt, unsere Propagandisten nehmen dort am Kampf der Arbeiter teil, wo sich die besten Aussichten für die Propagierung unseres Programms und die Gewinnung von Arbeitern für unsere Organisationen ergeben. Die Propaganda in dieser Etappe ist Hauptaufgabe, die Agitation notwendige und nützliche Vorarbeit, ihre Ergebnisse Nebenprodukt. Die Führung muß die Kräfte so verteilen, daß genügend Kraft für die intensive Ausbildung und Fortbildung der Kader bleibt. Diese Arbeit, planmäßig und ausdauernd durchgeführt, muß zu einer ständigen quantitativen und qualitativen Stärkung der Organisation, aber auch schließlich zu immer größerem Einfluß in den Massen führen. Wenn Agitation und Propaganda, Massenarbeit und Kaderschulung nicht in richtige Wechselbeziehung gebracht werden, was einer der schweren Fehler der PCI in Frankreich war, dann wird die IV. Internationale die Massen ebenso wie die II. und III. Internationale enttäuschen.

Einen ähnlichen schweren Fehler machte das IS in der Deutschlandarbeit. Die Herausgabe eines Massenorgans ("Neuer Spartakus") im Jahre 1946 war ein Schritt, der weder der IV. Internationale noch den Massen genützt hat. Anstatt mit den wenigen vorhandenen Genossen Kaderschulung zu betreiben, um die feste Grundlage einer Organisation, die die unumgängliche Voraussetzung für jede weitere Tätigkeit gewesen wäre, zu schaffen, wurde wertvolle Kraft, Geld und auch Zeit für die Herausgabe eines Massenorgans verschwendet, das Mangels an Möglichkeiten nicht einmal an die Massen verteilt werden konnte.

10. Unser Übergangsprogramm, unsere revolutionäre Propaganda für die IV. Internationale und die Ziellosungen können nicht nur von außen allein durch Zeitungen und Flugschriften in die Arbeiterbewegung hineingetragen werden. Sie sind nur dann wirkungsvoll, wenn es die Trotzlisten verstehen, innerhalb der Arbeiterbewegung selbst, in den Betrieben, in den Verratsparteien, in den Massenorganisationen usw. zu arbeiten. Diese Fraktionsarbeit ist ein wichtiger Faktor bei der Umwandlung unserer Organisationen in Parteien mit Masseneinfluß. Diese Arbeit setzt aber erfahrene Kader und in erster Linie eine erfahrene und fähige Führung voraus. Die Führung muß es verstehen, durch planmäßige Organisierung der Fraktionsarbeit, durch Einsatz der Kräfte im richtigen Zeitpunkt am richtigen Platze, die größten Erfolge zu erzielen. Selbst wenn es zur Gewinnung von ganzen Teilen von Organisationen kommt, so ist letzten Endes immer die individuelle Arbeit des einzelnen Propagandisten das Entscheidende. Die Überzeugung durch das geschriebene Wort in Zeitung und Flugschrift kann nur dann erreicht werden, wenn sie durch das gesprochene Wort und das persönliche Beispiel ergänzt werden.

Da sich jede Fraktionsarbeit den spezifischen Bedingungen der Umgebung, in der sie geleistet wird, anpassen muß, (Betriebsarbeit, Jugendarbeit usw.), also im besten Falle nur Teile unseres Programms propagiert werden können, ist es doppelt wichtig, die revolutionäre Propaganda in einem unabhängigen Organ aufrechtzuerhalten. In diesem Organ muß sich die unabhängige Organisation von jedem Opportunismus scharf abgrenzen, was in der Fraktionsarbeit nicht immer möglich ist.

Das beste Rekrutierungsfeld für die revolutionäre Organisation findet sich in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Hier können die Trotzlisten, am Klassenkampf teilnehmend, am günstigsten eine unabhängige Position gegenüber den beiden Verratsparteien wahren.

11. Die Beschlüsse des zweiten Weltkongresses unterstreichen mit Recht die objektiv günstigen Bedingungen für unsere revolutionäre Arbeit innerhalb der SP. Aber die "Taktik", die dabei den Sektionen der IV. Internationale vorgeschlagen wird, ist, soweit sie den totalen Eintritt betrifft, als prinzipiell unzulässig abzulehnen. In der Resolution des Weltkongresses heißt es: "Die Organisationen der IV. Internationale haben die Aufgabe, ihr besonderes Augenmerk auf die fortbestehenden sozialistischen Organisationen zu richten und die Zweckmäßigkeit der Taktik des teilweisen, in bestimmten Fällen selbst des völligen Eintritts in diese Organisationen konkret ins Auge zu fassen."

Der Totaleintritt einer revolutionären Klassenorganisation, einer Sektion der IV. Internationale in eine opportunistische Partei, Organisation, bedeutet die Preisgabe des Prinzips der organisatorischen und letzten Endes auch der politischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Ausgehend von der Erkenntnis, daß weder SP noch Stalinpartei zu gesunden, sondern klassenfremde Parteien und nicht mehr imstande sind, die Interessen der Arbeiterklasse zu ver-

wirklichen, treten die Trotzlisten seit 1934 für die Schaffung einer neuen revolutionären Klassenpartei, Internationale ein. Die Schlußworte im "Manifest der IV. Internationale" vom April 1946 lauten: "Es gibt keinen anderen Ausweg, als die Vereinigung unter dem Banner der IV. Internationale"

Wir stellen der Weltarbeiterklasse die Annahme unseres revolutionären Programms und den Kampf für die Verwirklichung dieses Programms unter der Führung der IV. Internationale und ihrer Sektionen als einzigen Ausweg hin. Diejenigen, die für den "Entrismus", d.h. für den Totaleintritt der Sektionen der IV. Internationale in reformistische oder zentristische Organisationen eintreten, verleugnen tatsächlich diesen einzigen Ausweg in seiner letzten Konsequenz. Denn nur die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Klassenorganisation ermöglicht die vollständige Freiheit der revolutionären Propaganda für unser Programm, ermöglicht die Verwirklichung der führenden Rolle der einzelnen Organisationen der IV. Internationale.

Zu den objektiven Schwierigkeiten beim Aufbau der Parteien der IV. Internationale sind noch subjektive hinzugetreten, die vor allem in dem Mangel an Kadenschulung zu suchen sind. Die "Entristen" unter Führung des IS wollen das langsame Wachstum und teilweise Stagnieren der einzelnen Sektionen durch Experimentieren und Manövrieren überwinden. Der "Entrismus" oder Totaleintritt ist so ein Manöver, das der Ungeduld entspringt. Manöver sind zulässig, soweit sie sich auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes bewegen. Dies ist aber bei der "Taktik" des Totaleintritts nicht der Fall, denn die Wahrung der organisatorischen und politischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit ist eine Frage des Prinzips.

Der Totaleintritt ist letzten Endes nichts anderes als eine Vereinigung mit einer opportunistischen Partei oder Organisation, und zwar eine Vereinigung mit Hintergedanken, denn dem Totaleintritt (der Vereinigung) soll im günstigen Augenblick die Spaltung folgen. Das Resultat kann nur Verwirrung in der Arbeiterklasse wie in den eigenen Reihen sein.

12. Nach Ansicht der "Entristen" ist der Totaleintritt nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig: Existenz von starken und erfahrenen Kadern in der eigenen Organisation; günstige objektive Bedingungen; Existenz eines linken Flügels in der "Gast"-Organisation; Recht auf Fraktionsbildung, einschließlich des Rechtes der Haltung eines eigenen Organs; Aufrechterhaltung der illegalen Organisation; die eintretende Organisation darf noch keinen Masseneinfluß haben, also Partei sein, denn dann wird der Totaleintritt auch für die "Entristen" zu einer Frage des Prinzips. Die historischen Erfahrungen, die Praxis des Totaleintritts zeigen, daß diese Voraussetzungen nur taktischer Natur sind: in Frankreich gab es nicht jene qualifizierten Kader, die die Voraussetzung für einen Totaleintritt sind. - In den USA traten die Trotzlisten als Einzelmitglieder in die SP ein, ohne Fraktionsrecht und eigenes Organ. - In England erfolgte der Eintritt in die Labour Party noch bevor sich ein zentristischer Flügel herausbildete. - In Indien erfolgte der Eintritt, trotzdem die indische Sektion bereits Masseneinfluß hat.

Das Prinzip der organisatorischen und politischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit gilt sowohl für die Partei als auch für die Kernorganisation, die sich bereits vor der Arbeiteröffentlichkeit konstituiert hat. Es gilt selbstverständlich nicht für Gruppen, die innerhalb von opportunistischen Parteien entstehen; ihre Abspaltung, Vereinigung mit einer bestehenden Gruppe oder ihre Konstituierung ist eine Frage der Taktik.

13. Dieselben Ziele, die die "Entristen" vorgeben, erreichen zu wollen (Unterstützung der Herausbildung eines linken Flügels in der SP, Propagandamöglichkeit für unser Übergangsprogramm und selbst für Teile des Programms), können ohne Preisgabe der revolutionären Organisation durch Fraktionsarbeit erreicht werden. Im Gegenteil, die Existenz der unabhängigen Klassenorganisation kann den Klärungsprozeß innerhalb des linken Flügels nur beschleunigen. So ist z.B. der Eintritt der holländischen Trotzlisten in die MLL-Front an sich ein Beispiel eines zulässigen Schrittes, der nichts mit dem "Entrismus" zu tun hat, sondern Fraktionsarbeit ist. Denn besonders unter illegalen Bedingungen ist es möglich, daß ein Großteil der Organisation, oder unter Umständen die gesamte Organisation Fraktionsarbeit in einer anderen illegalen oder auch legalen Organisation leistet, wenn es ihr gleichzeitig gelingt, die eigene illegale Organisation, das eigene Organ, die eigene Disziplin aufrechtzuerhalten. Wenn diese Bedingungen in Holland erfüllt wurden, dann war es ein prinzipiell zulässiger Schritt.

Der wesentliche Unterschied zwischen Totaleintritt und Fraktionsarbeit ist der, daß die "Entristen" die eigene Organisation offiziell liquidieren und als Trotzlisten sich der Organisationsdisziplin und damit auch dem Programm der "Gast"-Organisation unterwerfen, während bei der Fraktionsarbeit die eingetretenen Trotzlisten unter der Führung und Disziplin der eigenen, selbständigen Organisation als linke Angehörige der opportunistischen Organisation auftreten und den revolutionären Elementen helfen, den Weg nach links zur IV. Internationale zu finden. Die Fraktionstätigkeit ist eine Arbeit auf lange Sicht. Ihr Ziel (neben der individuellen Propaganda für die revolutionäre Organisation) besteht darin, daß die eingetretenen Revolutionäre in jenem Zeitpunkt, in dem die fortgeschrittenen Arbeiter die Verratspolitik ihrer Parteien zu durchschauen beginnen und sich entschieden nach links bewegen, mit dem vollen Programm auftreten und auf die Spaltung und Vereinigung mit der revolutionären Organisation hinarbeiten. Alle ehrlichen stalinistischen und sozialistischen Arbeiter, denen wir als konsequente Revolutionäre bekannt sind und deren Gewinnung unser Hauptziel ist, würde die offizielle Auflösung ihrer Klassenorganisation, als die wir ihnen die Sektionen der IV. Internationale hinstellen, als Kapitulation empfinden und dadurch noch mehr verwirrt werden und dem Einfluß ihrer bürokratischen Führung verfallen. Dazu käme, daß die Trotzlisten nach dem Eintritt in eine zentristische oder reformistische Organisation mitverantwortlich für deren Politik in der Arbeiteröffentlichkeit wären.

Die historischen Erfahrungen mit dem "Entrismus" haben seine grundsätzliche Ablehnung nur erhärtet. In fast allen Fällen brachte er auf die Dauer keine qualitative und quantitative Stärkung der eingetretenen Organisation, sondern im Gegenteil Spaltungen und Demokratisierung, ja sogar den vollständigen Zerfall. Selbstverständlich ist an dem Zerfall der französischen und belgischen Organisation nach ihrem Totaleintritt nicht nur der "Entrismus" allein schuldtragend, sondern ihre Gesamtkonzeption im Aufbau der Partei, in der aber der "Entrismus" eine entscheidende Rolle spielt.

Der Bericht des IS "Der Aufbau unserer Sektionen in Europa" beim Oktober-Plenum 1948 spricht von der "allgemeinen Erscheinung der Entpolitisierung unserer Bewegung". Dies ist eine ernste Feststellung, eine ernste Tendenz in der IV. Internationale. Bei einer Verbreiterung, Vertiefung dieser Tendenz kann sie zur Katastrophe führen. Der "Entrismus" mit all' seinen Konsequenzen kann diese nur beschleunigen. Denn gerade die "Entristen" versuchen die entscheidende Frage des Wachstums unserer Bewegung durch organisatorische Manöver, durch rein quantitative Überlegungen zu lösen und

"vergessen" dabei, daß die Grundvoraussetzung für jeden weiteren Fortschritt die Verbesserung der Qualität, die verstärkte Politisierung unserer Bewegung ist.

14. Die Vereinigungspraxis des IS steht im engsten Zusammenhang mit dem "Entrismus", sie ist ebenso prinzipienlos wie dieser. Eine Vereinigung zweier Organisationen, die in prinzipiellen Fragen differierende Auffassungen haben, führt nur zu einer Scheineinheit. Diese Scheineinheit bedeutet keine Stärkung der Gesamtbewegung, sondern nur unfruchtbare Fraktionskämpfe und trägt sogar den Keim des vollständigen Zerfalls in sich.

Die POC in Italien ist eine typische Erfahrung in dieser Hinsicht. Die POC entstand aus einer prinzipienlosen "Einigung" einer trotzkistischen Gruppe mit einer bordigistischen, die unter Führung von Mangano stand. Diese "Einigung" wurde im nachhinein vom IS gebilligt, später sogar gegen die gegenteilige Ansicht der in der POC befindlichen Trotzkisten verteidigt. Das Resultat der prinzipienlosen Vereinigungspraxis des IS in Italien ist, daß es heute überhaupt keine organisierte Sektion in Italien gibt. Es muß von vorne begonnen werden. Daran ändert auch die Korrektur auf dem zweiten Weltkongreß nichts, denn diese Korrektur berührt den Kern der Frage überhaupt nicht, hat doch derselbe Kongreß die Vereinigung der SWP mit der ultralinken Johnson-Forest-Gruppe, die in der SU-Frage auf demselben Standpunkt wie Shachtman steht, gebilligt.

Auch die IKÖ haben eine wichtige Erfahrung in dieser Hinsicht gemacht. Die Vereinigung des ehemaligen "Karl-Liebknecht-Bundes" mit dem ehemaligen "Kampfbund" 1946 war ebenfalls prinzipienlos. Sie hat sich bereits nach einem Jahr als unhaltbar erwiesen. Die ehemalige Minderheit innerhalb der IKÖ hat diese Vereinigung durch ihr fraktionelles Verhalten selbst rückgängig gemacht und dadurch den Weg der Korrektur der IKÖ sehr erleichtert.

Für solche Vereinigungen können von Dauer und fruchtbar sein, denen eine gründliche Diskussion der Differenzen vorausgegangen ist, bei der eine Einigung in prinzipiellen Fragen erzielt wurde. Die Verpflichtung zur Aktionsdisziplin nach außen genügt nicht, denn Abweichungen in prinzipiellen Fragen verpflichten unter Umständen sogar, die Aktionsdisziplin zu brechen.

15. Der Weg zur proletarischen Klassenpartei kann selbstverständlich in kein Schema, daß für alle Länder und für alle Bedingungen Gültigkeit hat, gepreßt werden. Die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes sind in den einzelnen Ländern verschieden (Legalität, Illegalität, Besetzung, starker Einfluß der SP auf die Arbeiterklasse usw.), deshalb werden sich auch verschiedene Möglichkeiten für den Ausbau unserer Organisationen zu Parteien ergeben. Wichtig ist, daß diese Möglichkeiten erkannt und auch ausgenutzt werden. Wenn auch der konkrete Weg zur Partei in den einzelnen Ländern verschieden sein mag, eines gilt ausnahmslos: Der Weg zur proletarischen Klassenpartei wird nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn er sich im Rahmen unserer organisatorischen und politischen Prinzipien hält.

-----

RESOLUTION ÜBER DEN 2. WELTKONGRESS DER IV. INTERNATIONALE  
=====

Die zweite Organisationskonferenz der IKÖ begrüßt den zweiten Weltkongreß der IV. Internationale vom April 1948. Sie erkennt den Weltkongreß als solchen und die gefaßten Beschlüsse, insbesondere die neuen Statuten an. Durch die intensive Diskussion über die Frage des "Entrismus" und die Vorbereitung dieser Konferenz war es nicht möglich, die einzelnen Dokumente des Weltkongresses gründlich zu studieren. Aus diesem Grunde behalten sich die IKÖ eine eventuelle nachträgliche Kritik vor.

-----  
ORGANISATIONSSSTATUTEN DER IKÖ  
=====

- Punkt 1: Die IKÖ ist die österreichische Sektion der IV. Internationale (Weltpartei der sozialistischen Revolution).
- Punkt 2: Die IKÖ besteht aus Mitgliedern und Kandidaten. Mitglied der IKÖ kann nur sein, wer ihr Programm und ihre Statuten anerkennt, für ihr Programm aktiv eintritt, regelmäßig seinen Mitgliedsbeitrag leistet und als Mitglied anerkannt ist. Der Mitgliedschaft geht eine Kandidatur voraus, die der Schulung und Bewährung dient. Mitglieder haben beschließende, Kandidaten beratende Stimmen.
- Punkt 3: Die Zuerkennung der Mitgliedschaft erfolgt durch Leitungsbeschuß. Der Mitgliedsbeitrag wird von der Konferenz festgesetzt. Wesentlich höhere als Arbeitereinkommen unterliegen grundsätzlich einer von der Organisation bestimmten progressiv gesteigerten Organisationssteuer.
- Punkt 4: Die Organisation ist nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut.
- Punkt 5: Diesem Prinzip entspricht:
- a) Wahl aller Funktionäre durch die gesamte Mitgliedschaft bzw. durch deren Delegierte,
  - b) Parteidisziplin aller Mitglieder und Kandidaten in organisatorischer und politischer Hinsicht;
  - c) gleiche Rechte und Pflichten aller Mitglieder;
  - d) Gewährung der Minderheitsrechte;
  - e) Verantwortlichkeit und periodische Rechenschaftslegung aller Funktionäre gegenüber der gesamten Mitgliedschaft bzw. deren Delegierten;
  - f) Zentralismus in der organisatorischen und politischen Führung;
  - g) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
- Punkt 6: Für die Dauer der illegalen Kampfperiode sind Ausnahmen zu Punkt 5a, c, d, e zulässig.
- Punkt 7: Das oberste Organ der IKÖ ist die Organisationskonferenz. Diese tagt mindestens jedes zweite Jahr und setzt sich aus den durch die Mitgliedschaft nach einem jeweils durch die Leitung festzusetzenden Schlüssel gewählten Delegierten zusammen. Je-



des Mitglied kann zur Konferenz Anträge stellen. Die Organisationskonferenz bestimmt die politische Linie der Organisation und entscheidet in letzter Instanz organisatorische Fragen. Eine außerordentliche Tagung ist möglich, sobald sie mindestens ein Drittel der Mitgliedschaft oder die Leitung fordert.

Punkt 8: Oberstes Beschluß- und Exekutivorgan in der Zeit zwischen den Organisationskonferenzen ist die Leitung, deren Mitglieder gleiche Rechte und Pflichten haben.

Punkt 9: Die Leitung trägt vor der Gesamtorganisation die politische und organisatorische Verantwortung.

Punkt 10: Die Wahl der Leitung erfolgt auf der Organisationskonferenz durch die gesamte Mitgliedschaft bzw. durch deren Delegierte. Im Falle des Ausscheidens eines Leitungsmitgliedes während der Funktionsperiode steht der Leitung das Kooptierungsrecht zu.

Punkt 11: Innerhalb der Leitung wird ein politisches und ein organisatorisches Büro gebildet.

Punkt 12: Im Rahmen der Organisation wird eine Redaktion gebildet, welche den Weisungen des PB entsprechend die volle Verantwortung für alle Veröffentlichungen trägt. Zur Wahrung der politischen Linie der Organisation muß der Redaktion mindestens ein Mitglied des PB angehören.

Punkt 13: Die unterste Einheit der Organisation ist die Zelle. Eine jeweils zu bestimmende Anzahl von Zellen bildet ein Gebiet. Die Anzahl der Gebiete wird durch die Leitung festgesetzt.

Punkt 14: An der Spitze eines jeden Gebietes steht die Gebietsleitung, welche die politische und organisatorische Verantwortung für das Gebiet gegenüber der Leitung trägt.

Punkt 15: Einhaltung und Durchführung aller Organisationsbeschlüsse ist unbedingte und oberste Pflicht aller Mitglieder und Kandidaten.

Punkt 16: Jedem Mitglied und Kandidaten obliegt die Verpflichtung zur Fraktionsarbeit, die in Unterordnung unter die zuständige Gebietsleitung zu leisten ist.

Punkt 17: Jedes Mitglied und jeder Kandidat ist zur größtmöglichen Solidarität und brüderlichen Hilfe gegenüber den IKÖ und den Sektionen der IV. Internationale Angehörigen verpflichtet.

Punkt 18: Zur Untersuchung über alle Verstöße gegen die Organisationsdisziplin und die proletarische Moral wird eine aus drei Mitgliedern bestehende Disziplinarkommission gebildet. Ihr Vorsitzender wird von der Organisationskonferenz gewählt; er darf nicht Leitungsmitglied sein. Falls der Vorsitzende am Streit beteiligt ist oder aus einem anderen Grund ausfällt, übernimmt seine Funktion ein hierzu von der Organisationskonferenz bestimmter Stellvertreter. Beide Streitparteien nominieren jeweils je einen Beisitzer. Die Kommission tritt auf Initiative der Leitung oder auf Verlangen eines der beiden Streitparteien in Tätigkeit. Alle Beschlüsse der Disziplinarkommission werden mit Mehrheit gefaßt; einzig bei Ausschluß ist Einstimmigkeit erforderlich. Alle ihre Beschlüsse sind endgültig und können nur durch die Organisationskonferenz aufgehoben werden.

Punkt 19: Diese Statuten bleiben solange in Kraft, bis sie eine Abänderung durch die Organisationskonferenz erfahren.